

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verständigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußfasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeb.) bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Gegen die Umtriebe in unserm Verband.

Unser Verband hat die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Hebung der Lebenslage aller deutschen Bauarbeiter zum Ziel. Zu diesem Zweck hat er seit jeher alle deutschen Bauarbeiter, ohne Rücksicht auf ihre politischen, religiösen oder sonstigen Anschauungen zu umfassen versucht. Er nahm Anrathen ebenso in seine Reihen auf wie Sozialisten und die Anhänger jeder anderen politischen Partei; Dissidenten und Freireligiöse ebenso wie Katholiken, Protestanten, Methodisten und Anhänger jeder andern Sekte — sofern sie nur das Statut des Verbandes anerkannten und nicht gegen die Beschlüsse der Verbandstage verstießen. Der Verband war seinen Mitgliedern gegenüber neutral. Jeder konnte außer seiner Verbandstätigkeit glauben, was er wollte, und tun, was er wollte, wenn es nur nicht gegen das Statut des Verbandes und die Beschlüsse der Verbandstage verstieß.

Diese Stellung des Verbandes seinen Mitgliedern gegenüber war notwendig. Ohne diese Haltung ist der Zusammenschluß aller deutschen Bauarbeiter in einer Organisation unmöglich, und unmöglich ist ohne sie auch die Schöpfung einer starken, dem Staat organisierten Unternehmertum gemäßen Interessenvertretung unserer Berufscollegen. Diese Haltung hat in unserm Verband und seinen Vorgängern immer als selbstverständlich gegolten. Erst seit in der politischen Arbeiterbewegung eine Zersplitterung eingetreten ist, beginnt sich im Verbanne eine Aenderung bemerkbar zu machen, die für die deutschen Bauarbeiter höchst unheilvoll werden müßte, wenn sie weitere Fortschritte machen sollte. Schon vor unserm Verbandstage in Weimar haben Verbandsmitglieder, die sich für politisch radikal halten, ihre Absicht kundgegeben, Verbandskollegen wegen ihrer politischen Betätigung aus dem Verbanne zu entfernen. Dem Verbandstag selbst lagen Anträge auf Ausschluß einiger der bestreitetsten Führer und Organisatoren der deutschen Bauarbeiter wegen ihrer politischen Haltung im Kreize oder wegen Unterstützung der bürgerlich-sozialistischen Regierung vor. Ferner Anträge auf Ausschluß jener Kollegen, die als Soldaten im Dienste dieser Regierung stehen.

Der Verbandstag ist über diese Anträge mit großer Mehrheit ohne Diskussion zur Tagesordnung übergegangen. Er hat diese Anträge offenbar gar nicht ernst genommen, sondern sie nur als Demonstration aufgefacht. Auf alle Fälle hat der Verbandstag Ausschüsse oder sonstige Maßregelungen von Verbandsmitgliedern wegen ihrer politischen Gesinnung oder Betätigung mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Er hat dem Verbandsvorstand das Vertrauen ausgesprochen und ihn mit der Weiterführung der Verbandsgeschäfte beauftragt. Und der Gewerkschaftskongress in Nürnberg hat ausdrücklich mit großer Mehrheit beschlossen, daß es entscheidend zu beurteilen sei, wenn gewerkschaftlich organisierte Angehörige der Reichswehr, die sich feiner statutenwidrigen Handlung schuldig gemacht haben... nach dem Austritt aus den militärischen Verbänden an der Erlangung von Arbeit gehindert werden.

Trotz dieser klaren Sachlage wird innerhalb des Verbandes fortgesetzt gegen den Verbandsvorstand gearbeitet und gegen die Beschlüsse des Verbandstages und des Gewerkschaftskongresses verstößen. Abstrale Agitatoren arbeiten auf einen Zusammenschluß der Opposition im Verbanne und damit letzten Endes auf die Sprengung des Verbandes hin. Man schiebt Mitglieder, die sich gegen den Verband nicht haben zuschanden kommen lassen, wegen ihrer politischen Betätigung aus dem Verbanne aus und weigert sich, der Aufforderung des Verbandsvorstandes nachzukommen,

berartige Beschlüsse wieder aufzuheben. Man möge jetzt ehemalige Angehörige der Reichs-, Sicherheits- oder Einwohnervereine auf den Arbeitsstellen und schädigt damit den Verband, indem man ihn zwingt, den Gemahregelten die statutarische Unterstützung zu zahlen. Man beschließt Mißtrauensresolutionen gegen die vom Verbandstag mit übergroßer Mehrheit eingeleitete Verbandsleitung. Man droht ferner mit der Einstellung der Beitragszahlung, wenn der Verbandsvorstand nicht gegen Statut und Verbandstagsbeschlüsse handelt will, und ein Verein hat sogar schon den Austritt des Verbandsvorstandes gefordert, weil er in Nr. 31 des „Grundstein“ erklärt hat, daß er auf Grund der Beschlüsse des Verbandstages und des Gewerkschaftskongresses alle Kollegen aus dem Verbanne ausschließen müsse, die Verbandsmitgliedern wegen ihrer politischen Gesinnung oder Betätigung maßregeln.

Der Verbandsvorstand kann diese gegen das Statut und die Verbandstagsbeschlüsse sowie gegen die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses verstoßenden und auf die Zerrüttung des Verbandes abzielenden Treiberien nicht länger dulden.

Er muß fordern, daß den Beschlüssen des Verbandstages und des Gewerkschaftskongresses Folge geleistet und daß das Verbandsstatut als allgemeingültiges Gesetz des Verbandes anerkannt wird.

Wer das Statut nicht als rechtsverbindlich für sich anerkennt, wer gegen die Verbandstagsbeschlüsse verstößt und auch einer Aufforderung des Verbandsvorstandes, die Verbandsstagsbeschlüsse einzuhalten, nicht nachkommt, stellt sich außerhalb des Verbandes und hat jedes Recht an den Verband verloren, ganz gleich, ob es sich um ein einzelnes Mitglied, um Mitgliedergruppen, oder um ganze Vereine handelt.

Im Falle sich ganze Vereine durch ihr Handeln außerhalb des Verbandes stellen, ist der Verbandsvorstand gezwungen, sie aufzulösen und diejenigen Mitglieder, die das Statut und die Verbandstagsbeschlüsse als rechtsverbindlich für sich anerkennen, in neuen Vereinen zusammenzufassen.

Der Verbandsvorstand will kein Mitglied in der Betätigung seiner politischen oder religiösen Überzeugung hindern — jedes Mitglied mag außerhalb seiner Verbandstätigkeit glauben und tun, was es will; aber der Verbandsvorstand ist fest entschlossen, jedes Mitglied zu schützen, das unser Statut anerkennt und nach den Beschlüssen der Verbandstage handelt. Dazu ist er vom Verbandstage eingeleitet.

Der Gewerkschaftskongress zu Nürnberg hat gerade deshalb das frühere enge Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufgelöst und die völlige Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien erklärt, um ein friedliches Zusammenarbeiten der Anhänger aller politischen Richtungen in den Gewerkschaften zu ermöglichen. Wir glauben, daß damit die Anhänger aller politischen Richtungen leben können, wenn sie sich von gewerkschaftlichen Grundfragen und den Interessen der Arbeiter, nicht aber von parteipolitischen Feindschaft leiten lassen. Wenn jede Gruppe in gleicher Weise gegen politisch Andersdenkende vorgehen wollte, wie die unabhängig-kommunistische Opposition in unserm Verband, dann wäre ein Weiterbestehen unseres Verbandes überhaupt nicht mehr möglich. Eine bestimmte demokratische Ordnung muß in den Gewerkschaften sein. Wer sich dieser Ordnung nicht fügt, sondern den Verband heimlich schädigt, der gehört nicht in eine Gewerkschaft hinein. Wir erlauben alle Verbandsmitglieder, diese Darlegungen zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend zu handeln. Hamburg, den 28. August 1919.

Der Verbandsvorstand.

Die Sozialisierung der Baubetriebe.

Die Entwicklung des Baubetriebs.

Stadtbaurat Dr. Wagner nennt den dritten von Staatsky vorgeschlagenen Weg — die Herstellung der Wohnungen nach den Plänen der Gemeinde und unter ihrer Leitung durch die Organisation der Bauarbeiter — den buntesten von seinen Vorschlägen, aber auch den ausführbarsten. Da Staatsky nicht sagt, wie er sich die Organisation der Bauarbeiter denke, so müßten die Praktiker Klärung schaffen. Seine Schrift will ein Beitrag zur Klärung sein. Sie soll die Grundlage für eine freie Aussprache und zu tätigen Handeln geben.

Dr. Wagner schildert zunächst die Entwicklung des Baubetriebs. Im ersten Kapitel seiner Schrift behandelt er den vorkapitalistischen Baubetrieb von den hölzernen Bauwerkstätten und Bauhütten bis zur Zunftorganisation. Wir können auf den Inhalt dieses Kapitels, so interessant es auch ist, hier nur ganz kurz eingehen. Wir wollen daraus nur festhalten, daß es ursprünglich keine Kapitalisten gab, die aus der Arbeit anderer für sich Profit zögen. Im frühen Mittelalter waren die Bauherren — zumeist die Kirche beziehungsweise die Kirchenfürsten — zugleich Auftraggeber und Unternehmer. Der Baumeister, der aus der Bruderschaft selbst herorging und im praktischen Baubetrieb ausgebildet wurde, war Künstler und Arbeiter in einer Person. Da an dem Gelingen des Werkes die Ehre der Bauhütte hing, waren das technische Können und die künstlerische Befähigung sehr hoch entwickelt, wie uns heute noch die alten Dome bezeugen.

Allmählich bildete sich dann aus den Bauhütten der Bruderschaften das Zunftwesen heraus. Es trat eine Gliederung in Meister, Gesellen und Lehrlinge ein. Der Meister arbeitete aber anfänglich noch mit, er war nur Erster unter Gleichen. Später erhielt er für Gesellen von Werkzeug usw. von den Gesellen und noch später vom Bauherrn den „Meistergroßchen“. Im übrigen wurden aber wichtige Funktionen der heutigen Unternehmer entweder noch von der Zunft als Handwerkerzunft oder vom Bauherrn ausgeübt. So hatte zum Beispiel in Nürnberg der Stadtbaurat die Betriebsführung der Bauten in der Hand. Er zahlte die Löhne für die Gesellen und die Meister. Die Zünfte unterhielten an vielen Orten Ziegeleien und Materialhäuser für das Baugewerbe, sie besorgten den Ein- und Verkauf der Rohstoffe und organisierten den Absatz für das zuständige Gebiet. Später geriet das Zunftwesen in dem Maße in Verfall, in dem es sich von der Gemeinwirtschaft mit ihrem genossenschaftlichen Charakter ab- und der reinen Individualwirtschaft zuwandte. Das Eigeninteresse des Meisters erzeugte einen Gegensatz zwischen ihm und den von den Produktionsmitteln getrennten Gesellen. Die Einführung der Gewerbefreiheit machte dann vollends die Bahn frei für einen schrankenlosen Egoismus und den Siegeszug des Kapitalismus. Gleichzeitig brachte diese Entwicklung die Auseinanderpaltung des Baumeisterberufs in verschiedene Unterklassen, die Ausschaltung des Reichsten aus der baugewerblichen Produktion und die völlige Trennung von Handarbeit und Kapitalarbeit.

Diese kapitalistische Entwicklung beziehungsweise den gegenwärtigen Baubetrieb schildert Dr. Wagner im zweiten Kapitel seiner Schrift. Er kommt hier zu dem Ergebnis, daß die Trennung von Handarbeit und Kapitalarbeit im Baubetrieb zur Stagnation der baugewerblichen Entwicklung und zum Niedergang der Baukunst geführt habe, und er gibt für die Architekten die Parole aus: Zurück in den Baubetrieb! Fort mit dem handwerklich untauglichen und unsoliden Unternehmertum! Dieses Unternehmertum ist überflüssig, der Architekt soll sich wieder, wie ehemals der wirkliche Baumeister, als künstlerischer Leiter und Führer an die Spitze der Baubetriebe stellen. Stimmen wir mit dem, was hier Stadtbaurat Dr. Wagner sagt, vollkommen überein, so müssen wir ihm



zum Teil widersprechen in dem, was er über den Bauarbeiter der Gegenwart sagt. Wenn man, so schreibt er, die Wirksamkeit des Bauarbeiters aus einem mittelalterlichen Betriebe mit dem aus einem neuzeitlichen vergleiche, dann fallen einem sofort folgende Unterschiede auf:

1. Die quantitative und qualitative Leistung des Bauarbeiters ist zurückgegangen.
2. Der Bauarbeiter hat die rechte Freude an seinem Beruf verloren; er ist ihm kaum noch etwas mehr als Lebensunterhalt. Die Unzufriedenheit mit seiner Lage äußert sich in steten Lohnforderungen.
3. Der Bauarbeiter fühlt sich heute nicht mehr so an einen Betrieb gefesselt wie ehemals, er steht ihm eher feindselig als hingebend gegenüber, er fühlt sich vom Unternehmer ausgebeutet, und darum arbeitet er nicht mehr mit dem individuellen Einsatz seiner Kräfte. Er lehnt die Alfordarbeit ab und begnügt sich mit einem Stundenlohn. Ihm ist die Freude genommen, seine ganze Kraft in die Arbeit zu legen, weil er an ihrem Mehrwert keinen Anteil hat.
4. Sein Interesse an der Vervollkommenung seines handwerklichen Könnens ist darum auch geschwunden. Er weiß ja, daß er in dem Wertprozeß nur als Nummer und nicht als Individuum zählt. Allen betriebswirtschaftlichen Neuerungen begegnet er mit einer gewissen Feindseligkeit, weil sie ihn vom Platz verdrängen oder seinen Lohn zurückdrängen könnten.

Die Behauptung, die quantitative Leistung des Bauarbeiters sei gegen früher zurückgegangen, ist zwar sehr häufig von Unternehmern erhoben worden, sie ist aber für die Zeit vor dem Kriege völlig unzutreffend. In früheren Zeiten wurde im Baugewerbe zwar länger, aber auch viel gemittelter als in der Zeit vor dem Kriege gearbeitet. Die intensive Ausbeutung der Arbeitskraft, wie sie sich unter der Hungerpeitsche des kapitalistischen Unternehmers entwickelt hat, war zweifellos in früheren Zeiten ganz unbekannt. Sie wäre auch bei einer Arbeitszeit von oft 12 bis 16 Stunden unmöglich gewesen. Seit Ausbruch des Krieges und besonders seit Ausbruch der Revolution ist allerdings die Arbeitsleistung vielfach zurückgegangen. Aber das liegt nicht nur an dem hohen Willen der Arbeiter, sondern zum Teil auch an ihrer schlechten Ernährung und an dem Mangel an Körperkräften. Auch die qualitative Leistung des Bauarbeiters ist nicht allgemein zurückgegangen. Wenn heute keine solchen Wunderwerke der Baunkunst mehr aufgerichtet werden wie im Mittelalter, so liegt das nicht an dem mangelhaften Können der Bauarbeiter, sondern an dem kapitalistischen Erwerbsstreben und dem ganzen Geist unserer Zeit. Wichtig ist allerdings, daß die baugewerblichen Facharbeiter heute vielfach nicht mehr mit der Sorgfalt ausgebildet werden wie die Steinmetzen in den Baustätten des Mittelalters und auch noch später in jüngerer Zeit. Die Profikunst des privaten Unternehmers läßt das vielfach nicht zu, wie die Befehlshaber und die Verwendung der Lehrlinge zu allen möglichen Nebenarbeiten zur Genüge beweist. Aber gerade die Arbeiter streben ja auf diesem Gebiet eine Besserung an.

Im übrigen stimmen wir den Thesen Dr. Wagners über den Bauarbeiter der Gegenwart im allgemeinen zu. Wir geben ihm auch darin recht, daß das Baugewerbe trotz der bewußten oder unbewußten passiven Resistenz der

Bauarbeiter in den letzten Jahrzehnten nur infolge der äußerlich gestiegenen Macht des Kapitalismus arbeitsfähig gewesen ist. Der Hunger und die im kapitalistischen Klassenkampf verstärkte Macht der Kapitalisten haben die Arbeiter so lange gezwungen, durch stotte Arbeit Mehrwert für andere zu schaffen. Jetzt, wo die Grundkräfte des Kapitalismus gefallen sind, verlangen die Bauarbeiter, daß der von ihnen erzeugte Mehrwert nicht mehr privaten Unternehmern, sondern ihnen selbst und der Allgemeinheit zugute kommt.

Zustimmen müssen wir Dr. Wagner auch in allem, was er über die gegenwärtigen Unternehmer sagt. Der Befähigungsnachweis des Bauunternehmers ist heute in der Tat vielfach nicht mehr irgendeine persönliche baugewerbliche Befähigung, sondern die Befähigung wird ersetzt durch den Besitz von Kapital. Und der Zweck des Unternehmers ist nicht mehr, schöne und gute Bauten zu schaffen, sondern sich von andern Megeomet, Kapital erarbeiten zu lassen. Jeder Vorkapitalist, sagt Dr. Wagner mit Recht, der über das nötige Maß von Unternehmungsgeist verfügt, kann heute Bauunternehmer werden. Selbst das solide Maurer-, Zimmer- und Baugewerksmeisteramt und die baugewerblichen Großbetriebe kennen keinen andern Zweck, als Kapital und nichts als Kapital aus der Arbeit zu schlagen. „Die Konzentration aller im Betriebe beteiligten Kräfte auf eine hochwertige wirtschaftliche Arbeit, die Ueberführung der Arbeitsqual zum Arbeitsgute ist im kapitalistischen Großbetriebe noch nicht einmal versucht worden.“

Und nun will Stadtsanrat Dr. Wagner die Ueberführung der Arbeitsqual zum Arbeitsgute in die Wege leiten. Er hält dies nur möglich durch die Sozialisierung der Baubetriebe, wie er sie versteht, das heißt, nicht durch die Kommunalisierung und nicht durch die Verstaatlichung, sondern durch die Gründung einer Art von Arbeits- oder Produktivgenossenschaften, die alle am Bau beschäftigten körperlich und geistig tätigen Kräfte umfassen und an Erträge der Arbeit beteiligen sollten. Nur durch diese Art Sozialisierung, die den Privatunternehmer ausschaltet, aber die freie Konkurrenz bestehen läßt und das Interesse der Arbeiter an Betrieben weckt, glaubt Dr. Wagner, sei auch die tief gelumene Arbeitsleistung im Baugewerbe wieder zu haben.

Gewerkschaftszersplitterer an der Arbeit.

Aus Köln schreibt uns Kollege Fröhlich: Die schmachvolle Zersplitterung der politischen Arbeiterbewegung soll nun auch in die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, in die Gewerkschaften, hineingetragen werden. Zu diesem Zweck wurde in Düsseldorf ein sogenannter „Allgemeiner Arbeiterverband“ ins Leben gerufen, dessen Agenten auch in Köln ihr unaufrichtiges Handwerk mit mehr oder weniger Erfolg zu treiben versuchen. Diese Zersplitterer haben nicht die Absicht, die noch vorhandenen Unorganisierten zu befehlen, sondern sie wollen nur die bestehenden Gewerkschaften auseinanderorganisieren. Ihre Agitationsreisen und Aufführungsarbeit ist im höchsten Grade unehrlich und betwerglich, und in erster Linie auf den Einbruch der zahlreicheren neuen Mitglieder der Gewerkschaften berechnet. Sie verfahren nach dem alten

Grundsatz: Es ist nichts so dumm, es findet doch kein Publikum. Selbst im Baugewerbe hoffen diese Brummengewerkschaften, die nicht alles werden, Erfolge zu erzielen. Für ihren Arbeiterverrat führen sie die allbekanntesten Anekdoten ins Treffen: 1. Die Gewerkschaften hätten den Kampfscharakter verloren und seien Unterwerfungsbewegungen geworden. 2. Sie festelten die Arbeiter durch langjährige Tarifverträge. 3. Die Wortführer der Gewerkschaften sagten über die Köpfe der Mitglieder hinweg Beschlüsse und verteilten den Arbeitern die Streikgenehmigung. 4. In den Gewerkschaften bestimmten nur die Beamten. 5. Die Beiträge der Gewerkschaften seien viel zu hoch usw. Diese sogenannten Gründe sind so alt wie die Gewerkschaften selbst; schon vor 10 und 20 Jahren gingen die Agitatoren der Sozialorganisationen (Freie Vereinigung der Gewerkschaften Deutschlands) sowie die Syndikalistinnen damit freiben. Aber trotz aller Mühen blieb der jahreslange Kampf mit allen Mitteln der Verleumdung und Verächtlichmachung gegen die Zentralverbände gestoppt vergeblich. Diese unehrliche Kampfesweise schätzte an dem gebundenen Verstand der Arbeiterkraft, die einfach, daß nicht Zersplitterung und Bruderkampf, sondern Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse dienlich ist.

Die Gewerkschaften sind kampfgewöhnt. Sie fürchteten wieder das Unternehmertum und die Beschaffen auf der einen, noch die ausbleibliche aus politischen Gründen betriebenen Zersplitterungsversuche auf der andern Seite. Die Sozialisten, Anarcho-sozialisten usw. bekämpfen die Gewerkschaften, weil sie nicht radikal genug waren und politisch nicht weit genug links standen.

Den Christlichen sind sie zu radikal; sie glauben deshalb, sie als sozialdemokratisch bekämpfen zu müssen. Agitation und Unternehmertum bekämpfen sie ebenfalls als sozialdemokratisch, weil sie allein erfolgreich der Ausbeutungsfreiheit des Unternehmertums entgegenwirkten. Aber trotz ihrer vielen Feinde, trotz aller Versuche von rechts und links, sie bei der Arbeiterkraft durch Lügen und Verleumdungen in Mißkredit zu bringen, sind sie groß und stark geworden. Durch ihre Leistungen haben sie sich ein Vertrauen bei der denk- und urteilsfähigen Arbeiterkraft erworben, das weder von den Christlichen noch von den hinterbänklichen Separatistjünglingen erschüttert werden kann.

Dies gilt ganz besonders, soweit der Deutsche Bauarbeiterverband in Frage kommt. Unsere Kollegen, die Jahresschne in der Bewegung stehen, lachen über die Apaten, die unsern Verband den Kampfscharakter absprechen wollen. Haben wir doch besonders im Kölner Gebiet seit dem Jahre 1903 einen unaufhörlichen, ununterbrochenen Kampf geführt. Einen Kampf, der die hunderttausende Markt kostete, bei dem im Jahre 1903, 1904 und 1910 zahlreiche Kollegen in den Gefängnissen Gelegenheit hatten. Durch die Gedulden der Streikführer jahrelang nachzugeben. Zurzeit liefern Kämpfe dieser art zehntausende Zersplitterer noch in kurzen Hosen herum. Nur ein geringer Teil der Bauarbeiter gehörte damals unserer Organisation an. Aber nur irgendwem agitatorisch tätigen Kollegen ging man damals den Vorkopf höher. Die meisten Angehörten unseres Verbandes haben diese Kämpfe in vorbreiter Linie mitgekämpft und mitgelitten. Wir sind

Der Gewerkschaftskampf im Menschheitswachstum.

Der Säugling wird zum Kinde und das Kind zum Erwachsenen. Eine stete Veränderung des Menschenkörpers, die da vor sich geht. Und wenn der Mensch erwachsen? Weicht dann sein Körperzustand? Nein, nichts bleibt im ewigen Naturgeschehen. Auch beim Erwachsenen geht eine stete Veränderung im Körper vor sich. Zugleich wird vom Bestande des Körpers etwas verschliffen und durch Nahrung neu ersetzt. In jedem Tage geht etwa ein Zehntelteil des Körpergewichts an unbrauchbar gewordenen Zellen verloren, und in 5 Jahren ist von den alten Zellen überhaupt nichts mehr vorhanden. Der Mensch ist ganz neu geboren.

Ist dieser Mensch derselbe, der er war? — Das Wesen des Menschen ist im Grunde dasselbe. Die Natur macht keine Sprünge. Doch hat sie die Tendenz zur Steigerung, Entfaltung und Entzweiung, und somit ist es natürlich, daß der sich ständig erneuernde Mensch unter Verhältnissen, die dieser seiner ständigen körperlichen Erneuerung günstig sind. Die Arbeitserziehung ist darum die natürliche Entwicklungsbedingung.

Aber auch eine geistige Entwicklung beherrscht die Welt, und jene Lebensenergie im Menschenkörper, die da ständig ändert und erneuert, sie schafft ein geistig und seelisch um so vollendetes Menschenprodukt, je mehr die Umgebung, aus der sie ihre Kraft und ihr Leben schöpft, geistig und seelisch ist. Maschine wird so der Mensch, wenn seine Arbeit immerfort geistig und medienhaft ist, wenn die Schöpfung seiner natürlichen geistig-seelischen Verlangen, das heim und bei der Arbeit, das ist darum natürliche Entwicklungsbedingung.

Wenn somit die Verhältnisse des Lebens körperlich und geistig-seelisch auf dieses einige Erneuern und Wachsen jedes einzelnen im Sinne des entwickelnden Prinzip der Natur einwirken; dann ist natürlich das Leben und sitt-

lich die Arbeitswelt. Dann wird er aus einem Zufallsprodukt ein bewusster Entwicklungsfaktor, aus einem geschobenen Naturprodukt die lebende natürliche Kraft. Und bei allen der gewerkschaftlichen Kampf diese natürliche Arbeitswelt ertingen lassen, so ist der, der ihn kämpft, schon ein Entwicklungsbedeuerer.

Dr. Gustav Hoffmann.

Gärten von Zement- und Betonsuhböden.

Von Friedrich Sutz, Architekt. A.T.K. Das Gärten von Beton- und Zementsuhböden erfolgt, um die betreffenden Räume schon wenige Tage nach Herstellung benutzen zu können und die lästige Staubentwicklung zu verhindern oder auf ein möglichst geringes Maß zu beschränken. Manche Gärtenverfahren bezwecken zuerst eine Dichtung des Suhbodens. Um eine harte und widerstandsfähige Zementdecke zu erhalten, muß man dem frisch hergestellten Boden vor allen Dingen genügend feinen Körnkörnern lassen und für die nötige Feuchtigkeit sorgen. Man bringt deshalb eine etwa 10 cm hohe Sanddecke, die während einer Frist von 8 bis 10 Tagen gleichmäßig angefeuchtet wird, auf oder breitet nasse Erde über die ganze Fläche aus, worauf die Feuchtheiten durch häufiges Besprengen mit Wasser.

Das vielfach geübte Gärten des Zement- und Betonsuhbodens mit eisernen Reibebletern ist nicht zu empfehlen. Starke Gärten verursachen das Abblättern der oberen Schicht. Der raue Zementuhboden ist haltbarer als der geglättete. Scherer empfiehlt, ungeläuteten Zementstreich durch mehrmaliges Ueberziehen mit Wasserlas anhaltend zu machen, während man die Zementung flucht als besonders wirkungsvoll rühmt. Die Fluchtungsfähigkeit eine schnelle Härting des Suhbodens herbei und verhindert die Staubeentwicklung. Auch ältere Suhböden können fluchtet werden. Die fluchte, in Wasser lösliche Dichtungsmittel, werden aus Flußspat und Quarz herge-

stellt. Bei der Verätzung mit Zement findet eine Ausbildung dieser Stoffe in den Poren der Beton- und Zementdecke statt; es bilden sich feste Kristalle, die durch Ausfüllung der Poren die Stabilität des betreffenden Baukörpers erhöhen und gleichzeitig die Härte des Betons steigern. Das fluchtieren beschleunigt aber auch die Feuchtigkeitsabfuhr des Zements und verleiht das Entstehen der Quarsite, welche später das Eindringen von Wasser und die Herdigung des Suhbodens begünstigen. Nach Verfügen mit der Wassermischen Schleifmaschine wäscht man die Oberfläche des Suhbodens durch fluchtieren durch fluchtieren um das 5fache, des Terrazzo Suhbodens um das 47fache.

In manchen Ländern scheint das Gärten von Zementuhböden durch Zufuß von kornigem oder pulverigem Eisen löstlich zu sein. Man wird dies aus einem deutschen Reichspatent schätzen müssen, das im September 1918 Claf Knopf in Christiania erteilt wurde. In der Patentchrift wird angeführt, das Eisenpulver löst leicht und verleiht infolge seiner Verätzung die härteste Wirkung; natürlich wird hierdurch auch eine häßliche Flederbildung hervorgerufen. Diese Mängel sollen nach dem patentierten Verfahren dadurch beseitigt werden, daß man gröberes oder feineres Eisenpulver benutzt, das schon vor der Verätzung leicht angetrocknet ist. Das so vorbehandelte Eisenpulver wird leicht oder trocken, mit Zement gemischt, verwendet; hauptsächlich wird aber diese Mischung durch Aufreiben oder dergleichen auf den frischen Zementstrich aufgebracht.

Durch die Vorbehandlung des Eisenpulvers wird eine Verätzung des Suhbodens durch Moß während der Verwendung des Raumes wesentlich eingeschränkt. Der Suhboden behält infolgedessen die ihm durch den Zufuß des Pulvers verleihte größere Härte und Dichtigkeit viel längere Zeit als bei Verwendung ungetrockneten Eisenpulvers. In Zementpulver für den vorliegenden Zweck nicht gebräuchlich; das fluchtieren der Suhböden dürfte die wirkungsvollere Härtingungsmethode sein.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6

mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln

gerg gutt co. otto-hahn-straße 21 postfach 4102 49 4400 münster-rovel

sicher, daß die Zersplitterter nur bei denen, die nicht alle werden, Anhang finden können, wenn sie uns junge Mitglieder abspülen wollen, indem sie unsere Zeitung verunglimpfen.

Unser Verband ist das, was die Mitglieder, und nur die Mitglieder, aus ihm machen und gemacht haben. Alle Beschlüsse über unsere Verbandseinrichtungen lauten auf Grund eines Wahlrechtes, wie es demokratischer nicht sein kann, zustande. Es ist daher ein nicht zu überbietender Wahlsinn, wenn die Zersplitterter lägen, bei uns würden über die Köpfe der Mitglieder hinweg Beschlüsse gefaßt, und die Vorstände und Angestellten haben weiter kein Recht, als die Beschlüsse der Mitglieder auszuführen. Wir kennen in unserem Verbande weder Absolutismus noch Autokratie, sondern nur Demokratie. Der Mehrheitswille der Mitglieder ist im Deutschen Bauarbeiterverband das höchste Gesetz. Wer etwas anderes behauptet, beleidigt unsere Mitglieder, indem er sie als hinterlistige Menschen hinstellt, die sich von einer Anzahl Angestellten am Gängelbände leitbar machen lassen. Mit solch hinterlistiger Behauptung können sie nur bei gewerkschaftlichen WGSchülern Eindruck machen.

Aber die Tarifverträge? Ja, die binden die Mitglieder. Denn wenn ein ehrlicher Mensch einen Vertrag abschließt, dann hält er ihn auch. Aber die Tarifverträge binden nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer, und von dem gegenseitigen Kraftverhältnis hängt es ab, wer sich durch den Tarifvertrag am meisten bedrückt fühlt. Eine starke Gewerkschaft schließt gute Verträge ab, während eine weniger starke auch weniger gute Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangt. Das ist ja gerade der Grund, warum wir jede Zersplitterung der Gewerkschaften bekämpfen, da von ihrer Stärke die Güte der Lohn- und Arbeitsbedingungen und somit der Lebenshaltung der Arbeiter abhängt. Aber die Bauarbeiter haben bisher noch keinen Vertrag, der sie nicht wollten. Nur mit ihrer Zustimmung wurden Verträge abgeschlossen, die guten so wohl wie die weniger guten. Und wenn die Bauarbeiter einmal keine Tarifverträge mehr wollen, dann kann sie ihnen kein Vorstand und kein Angestellter aufzwingen. Das ließen sie sich als vernünftige Männer gar nicht bieten, weil nur sie, nur die Mitglieder, über Annahme oder Ablehnung des Tarifvertrages entscheiden. Aber die Unterstellungen? Damit verhält es sich, wie mit den Tarifverträgen. Unsere Mitglieder wollen die Unterstellungenseinsparungen des Verbandes, denn sie sind davon überzeugt, daß sie in Krankheitsfällen oder bei Arbeitslosigkeit nicht von den Pfaffen der Organisationsgesellschaften fall werden. Sind einmal diese Einrichtungen des Verbandes nicht mehr nötig, dann werden sie, wenn es die Mitglieder wollen, sofort abgeschafft. Die Beiträge, die der Bauarbeiterverband nimmt, sollen zu hoch sein. Das ist die private Ansicht der Zersplitterter. Auch über die Höhe der Beiträge haben bei uns nur die Mitglieder zu bestimmen. Der sogenannte allgemeine Arbeiterverband nimmt hier in Gän eine Wochenbeiträge von 60 Pf. Das ist nicht einmal halb so viel wie bei uns. Zum Pfaffenbesuchen müssen freizeutliche 60 Pf. Wochenbeitrag ausreichen sein, nicht aber Lohnkämpfe zu führen und Unterstellungen zu geben. Gälten die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes denartig niedrige Beiträge gezahlt, dann wäre unser Verband ganz gewiß keine Kampfgesellschaft, sondern ein Verein für die Verwaltungszwecke ausreichen. Da aber unser Verband Kampf- und Unterstellungsorganisation ist, deshalb zahlen unsere Mitglieder gern einen dementsprechend hohen Beitrag. Wären unsere Mitglieder beitragslos, sicher hätte unser Verband während der Kriegsdauer nicht über 10 Millionen außerstatutarische Unterstellungen an die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder und an die arbeitslosen Kollegen zahlen können, ohne daß dadurch seine Kampffähigkeit vollständig verlorengegangen wäre. Aber dank dem Umstände, daß unsere Mitglieder schon vor dem Kriege eingezogen hatten, daß dort, wo nichts einlief, auch nichts geteilt werden kann, haben sie immer gern hohe Beiträge gezahlt. Wäre es nicht so gewesen, dann verfiere heute der Deutsche Bauarbeiterverband trotz seiner großen Leistungen nicht über einen Kriegsfonds von 20 Millionen Mark, woraus das Unternehmertum mehr Weisheit hat, als vor den allerhöchsten Pfaffen der sich noch so radikal gebärdenden Arbeiterzersplitterter.

Aber der allgemeine Arbeiterverband will ja auch Unterstellungen zahlen. Nach § 21 seines Statuts stellt er als gewerkschaftliche Kampfgesellschaft an Unterstellungen: Wachregulierung, und Streikunterstützung, deren Höhe von der Mitgliederversammlung beschlossen wird; Rechtschutz in gewerkschaftlichen Fragen, soweit die Mittel hierzu vorhanden sind. Der Verband hält sich ferner zur Ehre, bei Kollegen seiner Mitglieder Solidarität zu üben und hält eine Festsetzung anderer Unterstellungen für überflüssig.

Das ist alles und hört sich an, als wäre es für die Mitglieder eines Kaufmanns bestimmt. Wir sind gespannt, wie solche Art Solidarität die Mitglieder dieser Organisation von Beitragsgehören vor äußerster Not bewahren wird, wenn Krankheits- und Sterbefälle eintreten, wenn sie wochen- und monatelang ohne Arbeit sind, was zur Winterzeit im Baugewerbe nicht selten vorkommt. Ja, selbst doch der Verein GdM im ersten Halbjahre 1919 an Arbeitslosenunterstützung M 59 535, an Krankenunterstützung M 20 227, an Sterbeunterstützung M 2251 und an Streikunterstützung M 6854 aus. Das macht insgesamt nur für diese vier Posten M 88 967 aus. Dabei sind wir von größeren Streiks und auch von außergewöhnlichen Arbeitslosigkeit verschont geblieben. Das alles macht der 60-jährige Verband mit „Solidarität“, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung hält dieser Verband Unmündiger für überflüssig. Er hält es sich zur Ehre, bei Notlage seiner Mitglieder Solidarität zu üben. Solche Unterstellungen festzusetzen, hält er für überflüssig. Und so nennt sich Arbeiterverband. Etwas Höheres ist uns noch nicht vor die Augen gekommen.

Am 3. August befaßte sich unsere Generalversammlung mit diesen Organisationszersplitterern, die das Licht des Tages scheuen und hinter verschlossenen Türen tagen. Sie beschloß, daß als gewerkschaftlich organisiert nur solche Arbeiter betrachtet werden können, die einer dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaft angehören, oder einer Gewerkschaft, die als Vertragskontingent in Frage kommt. In dieser Versammlung kam zum Ausdruck, daß die rheinische Arbeiterkraft schon durch die Zentrumsgewerkschaften genügend zersplittert sei und keiner weiteren Zersplitterung bedürfe. Gerade in unserer Provinz sei eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation eine dringende Notwendigkeit, denn nur Einigkeit und Geschlossenheit könne der Arbeiterkraft auf allen Gebieten des Lebens Recht, Achtung und Anerkennung verschaffen. Es sei daher ein Verdrehen an der Arbeiterkraft, wenn statt der Einheit und der Einigkeit der Zersplitterung und dem Weiberkampf von gewissenlosen Elementen das Wort gegeben würde. Diesen verbrecherischen Machenschaften müßten alle Verbandsvorstände mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Dies sei vor allem Pflicht der Baubelegierten und Arbeiterausschüsse Mitglieder. Die Parole müsse lauten: Für ein Gewerbe eine Gewerkschaft, und für die freie Bauarbeiterkraft sei im Baugewerbe einzig und allein der Deutsche Bauarbeiterverband die zuständige Organisation.

Kollegen! Über 400 000 Mitglieder zählt jetzt unser Verband, eine stolze Zahl, die unser Verband nie vorher, trotz der besten Bautätigkeit, erreichen konnte. Unlässliche Mühe und Arbeit hat es gekostet, die Bauarbeiter soweit zu organisieren. Da erfordert es das Ergebnis eines jeden Verbandsvorstandes, allen Organisationszersplitterern, gleichviel welcher Art, das traurige Handwerk zu legen. Zu dem ich jeder seine Pflicht, die und die Mautwerkarbeit der Zersplitterer und das Wesen der „Frische“ wird spürlos an Deutschen Bauarbeiterverband, der einzigen wirtschaftlichen Interessenvertretung der freien Bauarbeiterkraft, vorübergehen.

Nur Einigkeit und Weiberkampf, führen uns zum Ziele hin.

Verbraucher! Aufgepaßt!

Aus Genossenschaftskreisen wird uns geschrieben: Wenn es jemals eine Zeit gab, die gebieterisch verlangte, alle Erscheinungen unseres Wirtschaftslebens scharf zu beobachten, so ist es die gegenwärtige Zeit. Nichts ist falscher als der Glaube, unsere deutsche Volkswirtschaft sei, nachdem in letzter Zeit unsere Ernährungsverhältnisse etwas besser geworden sind, über den Berg, das Schlimmste sei abgewandelt, von nun an könne es nur noch ein Aufwärts geben. Man hüte sich vor diesem Glauben; allzu leicht könnte eine Enttäuschung kommen, die schlimmer wäre als alle ausgefallenen Rufe. Nun erst recht muß es heißen, alle wirtschaftlichen Möglichkeiten, über die der einzelne verfügt, voll auszunutzen, damit auch nicht ein Gramm kostbarer Kraft verlorengel, deren vollständige Inanspruchnahme allein vielleicht noch vor dem Sturz in den Abgrund bewahrt!

Die Verbraucher sollen sich endlich einmal darüber klar werden, daß die Quellen unserer Wirtschaftskraft nicht allein in der noch nachwirkenden Wladode unseres Landes, in den harten Bedingungen des Friedenskrieges im Inland, in den Hoffnungen und Reueungsmitteln oder in der mangelnden Bereitwilligkeit zur Arbeit bei manchen Gliedern unserer Bevölkerung zu suchen sind. Nein, eine Quelle dieser Wirtschaftskraft ist auch in der noch durchaus ungenutzten Organisation der Wirtschaft, besonders der Verteilungsorganisation zu finden. Hier hat noch manches zu geschehen, damit der einzelne Verbraucher mit Befriedigung sagen kann: Ich tat alles, um mich, meine Angehörigen und auch die Gesamtheit vor Schaden zu bewahren.

Die Ueberlegenheit unserer konsumgenossenschaftlichen Organisationen über die hergebrachten Formen der Verteilung liegt fest. Was aber nicht die Anerkennung dieser Ueberlegenheit, wenn sie praktisch nicht in dem Maße

erprobt wird, wie die Möglichkeit sie bietet. Gewiß, unsere Konsumvereine strömen Mitglieder zu; an manchen Orten sehen wir neue Konsumgenossenschaften entstehen. Aber noch weit mehr wäre zu leisten, man muß es nur wagen. Man hole sich Rat bei jenen Stellen, deren Aufgabe es ist, möglichst alle Verbraucher zusammenzufassen. Man gebe, ist man einmal zur Erkenntnis der Notwendigkeit des konsumgenossenschaftlichen Handelns gelangt, nicht planlos vor; man frage die Leute mit Erfahrung, was zu geschehen habe, um zum gesteckten Ziel zu gelangen. Vor allen Dingen aber handle man und setze seine Wünsche und Hoffnungen in die lebenspendende Tat um. Mitglied eines Konsumvereins sein, heißt, wohlhaft an der Verrichtung der Not mitarbeiten.

Die Kohlenbergwerk im kommenden Winter.

Ein schwere Gefahr. Vom Reichskommissar für die Kohlenverteilung wird mitgeteilt, daß die Lage der Kohlenbergwerk noch keine Besserung erkennen lasse. Sie sei auch jetzt, in den für die Winterverforgung wichtigsten Sommermonaten, so besorgt, daß nicht einmal der laufende Bedarf zu decken sei und eine Verbratung für den Winter bis jetzt noch nicht habe stattfinden können. Die Ausfälle seien auch nicht mehr einzuholen und die Aussicht auf eine rechtzeitige wirksame Steigerung der Förderung sei nur gering. Die Sorge um den kommenden Winter sei so ernst, daß eine eingehende Aufklärung aller Kreise dringend nötig sei. Im Anschluß an diese Mitteilung wird ein Bericht verfaßt, der in einer vom Reichswirtschaftsministerium einberufenen Sitzung der Vertreter der Reichsbehörden und der Gliedstaaten von einem Vertreter des Reichskohlenkommissars erstattet worden ist. Wir entnehmen diesem Bericht folgendes:

Die Lage ist besorgniserregend, und die Wirkungen werden für unsere wirtschaftlichen und innerpolitischen Verhältnisse von einschneidender Bedeutung sein. Die Steinkohlenförderung an der Ruhr und in Oberschlesien betrug in den ersten 5 Monaten dieses Kalenderjahres ziemlich genau 60 p.H. der Förderung in der gleichen Zeit des Vorjahres. In der Förderung in der Förderung und Witterterzeugung ist das Verhältnis ähnlich. Die Aussicht, daß die Förderung in diesem Jahre noch erheblich steigen, ist für jedes Revier gering, denn die Ursachen des großen Rückganges der Leistung der Reviere bestehen in der Hauptfrage unverändert weiter. So ist der Bau von Arbeiterwohnungen zur Unterbringung und Beschäftigung der durch die Verfürgung der Schichtarbeit erforderlichen Vermehrung der Belegschaften, eine der ersten Grundbedingungen für eine durchgreifende Steigerung der Förderung, gestöhnt durch die derzeitigen Verhältnisse. Ferner ist zu berücksichtigen, daß linksrheinische Kohlengebiete, das Saargebiet, das Ruhrgebiet und das Glinde Braunkohlenrevier, die früher große Mengen über den Rhein geschickt haben, für die rechtsrheinische Versorgung fast ganz ausfallen, ebenso wie die linksrheinischen Reviere des Ruhrreviers. Andererseits haben wir dauernd große Mengen Ruhrkohle und auch Kohlen nach den besetzten linksrheinischen Gebieten und nach Ostpreußen und Argentinien zu liefern. Die Einfuhr aus Böhmen betrug bisher nur einen ganz geringen Teil der Einfuhr des Vorjahres.

Im vorigen Jahre war die Lage der Kohlenwirtschaft schon äußerst besorgt. Immerhin hatten von den Eisenbahnen im vorigen Jahre Ende Juni die Preussischen Staatsbahnen bereits einen Bestand von 25 Tagen, der bis Ende September noch bis auf 38 Tage anstieg. Bei den anderen deutschen Bahnen waren die Vorräte meist noch besser. In diesem Jahre war es bisher ganz unmöglich, die Eisenbahnen, diesen wichtigsten Faktor, auf Bestände zu bringen. Die Preussischen Staatsbahnen haben heute für etwa 13 Tage Bestände, bei einzelnen Direktionen sind sie erheblich geringer, bei den linksrheinischen, die auf das Verlangen der Entente besonders hoch bebortet werden müssen, sind sie höher. Im Durchschnitt betragen die Bestände wenig mehr als das Existenzminimum, denn erfahrungsgemäß hört bei einem Sinken der Bestände unter 10 Tage die Betriebssicherheit auf. Die anderen Bahnen sind in derselben Lage. Die Eisenbahnen Bestände, die unter der Wirkung und der Bedrohung des Streiks an der Ruhr besonders zu leiden hatten, und denen gegen das Vorjahr die Saarkohle fehl, haben kaum auf den nötigen Existenzbeständen für den laufenden Bedarf gehalten werden können.

Nächst den Eisenbahnen ist die Verbratung der Gas- und Elektrizitätswerke für die Kohlenwirtschaft im Winter von großer Bedeutung. Dieses Jahr ist es bisher nicht möglich gewesen, auch nur das geringste auf diesem überaus wichtigen Gebiete zu tun. Die Werke leben heute durchweg von der Hand in den Mund. Ganz so, wie bei den Gasanstalten, steht es mit der Hausbrandverforgung, einschließlich Landwirtschaft und Kleinverbratung. Die Verbrauchsmeinen waren schon im vergangenen Hausbrandwirtschaftsjahr den Verhältnissen entsprechend knapp gehalten. Immerhin ist es gelungen, bis zu dem gering bemessenen Verbrauchsmeinen heranzugreifen. Daß wir im letzten Winter mit der Hausbrandverforgung ziemlich gut durchgekommen sind, lag aber vor allem an dem außerordentlich milden Winter und daran, daß die ungünstig zur Kohle liegenden Gebiete, so insbe-

sein
innen-
zu er-
alt.
Hoffen
Unter-
Kr-
hände
glieder
in die
namen
sein
so alt
schren
Be-
Syn-
ber
und
hüfte
herte
inisch,
ndern
Kasse
gieten
f der
in Be-
Seite.
e Ge-
posi-
des.
Be-
infall-
Aus-
schren.
redig
Ber-
und
die sich
eiler-
don
wer-
Bau-
die
Zi-
schren
seit
kennen
gand-
stän-
schu-
Ber-
inger
ganig-
tügen
stien
vor-
sind
Mitt-
ent-
Aus-
Bau-
schen
An-
schere
Ber-
weir-
um
ent-
gen
sich
ber-
ung;
lung
oben
ber-
heir-
ber-
auf-
auf-
eine
Be-
füß-
des
dies
sicht
nicht
die



sondere der Osten und auch Süddeutschland, in den verkehrsgünstigen Monaten April bis September durch bevorzugte Belieferung der Bezugsgebiete einermäßigen Charakter werden konnten. Guter kann von einer Bevorratung an keiner Stelle gesprochen werden. Auch die Versorgung Berlins, die durch die Nachbarschaft des Niederlausitzer Braunkohlenreviers verhältnismäßig günstig ist, steht infolge des bedeutenden Rückganges der dortigen Produktion wesentlich schlechter als im Vorjahre. Der große Streik an der Ruhr, der von Ende März bis Anfang Mai dauerte, hat, trotz gerade die Hausbrandversorgung auf das empfindlichste, und die dadurch entstehenden Anfälle sind nicht mehr eingeleitet. Im April ist die Ruhr für die Hausbrandversorgung überhaupt ausgefallen, und auch im Mai konnte sie nur ganz geringe Mengen aufbringen. Davon wurde wiederum am meisten betroffen Süddeutschland, weil für die Versorgung des Südens der günstige Wasserstand des Rheines im Frühjahr ausgenutzt werden mußte. Württemberg zum Beispiel hat im Mai nur 20 pSt. der vorgesehenen Hausbrandmonatsmengen bekommen, Baden, Hessen auch nicht mehr. Die Hausbrandversorgung Bayerns und Sachsens wird besonders betroffen durch das Fehlen der böhmischen Braunkohle, von denen bisher nur ein geringer Bruchteil der vorjährigen Mengen herbeikommt, der für Sonderzwecke in der Industrie gebraucht wurde. Ganz besonders ungünstig ist, wie bei den Gaswerken, so auch im Hausbrand die Lage im äußersten Osten, also Ost- und Westpreußen, in Hinterpommern, im Reichsgebiet, weil mit der Eisenbahn bei der schwierigen Verkehrsfrage im Osten fast nichts hinzubringen ist. Ostpreußen zum Beispiel hat im Mai nur 20 pSt. der Hausbrandmonatsmengen erhalten. Auf dem Wasserwege wird so gut als möglich zu helfen gesucht. Dieses Mittel ist aber sehr begrenzt. Unter diesen Verhältnissen leiden auch sehr die vielen Volkereien des Ostens, die dauernd in Not sind. Täglich wird über Stillstände von Volkereien berichtet, und es ist manchmal mit verhältnismäßig kleinen Mengen nicht zu helfen, weil sie nicht greifbar sind.

In der Industrie konnte auch im Vorjahre für den Winter nicht vorgeplant werden, abgesehen von einzelnen Ausnahmen. Dieses Jahr ist die Lage so, daß nur die allerwichtigsten Betriebe einermäßigen ihre Mengen bekommen können. Das sind die Stahlindustrie, die Fabrikation von Phosphorsäurebindemitteln, die Kalkwerke und die wichtigsten Betriebe der Ernährungsindustrie, ferner Kohlenwasserstoffe und wenige andere besonders wichtige Betriebe und Gruppen von Betrieben, auch die Zeitungsbredpapierfabriken, alles zusammen nur ein kleiner Bruchteil aus der Gesamtindustrie. Selbst die Versorgung dieser Betriebe macht dauernd die größten Schwierigkeiten. Die übrige Industrie bekommt nur einen Bruchteil dessen, was sie bedarf, und dies nur ganz unregelmäßig. Sonderaktionen, wie sie im Interesse wichtiger Bedürfnisse unserer Volkswirtschaft, insbesondere unserer Ernährung, bald da bald dort unternommen werden müssen, verschärfen die Lage der übrigen Industrie weiter. Wichtige Zweige, wie das Baugewerbe, leiden darunter, daß für die Herstellung von Ziegeln und anderen Baumstoffen die Rohstoffe auch nicht entfernt in genügender Menge zu beschaffen sind.

Bei all dem bisher Gesagten ist nun noch bedacht zu sein, was uns der Friedensvertrag bringen oder nicht bringen wird. Es ist bekannt, daß sich die Entente auf Jahre hinaus den Bezug riesiger Mengen Kohlen aus Deutschland vorbehalten hat. In Summa kann sie nach dem Vertrage im ersten Friedensjahr, also von jetzt an, rund 40 Millionen Tonnen beanspruchen. Ohne hier ins einzelne gehende Berechnungen anzustellen zu wollen, sei nur, um einen Begriff von der Größenordnung dieser Zahl zu geben, gesagt, daß wir zurzeit an der Ruhr eine Monatsförderung von rund 6 Millionen Tonnen haben, in Oberschlesien eine solche von 2,5 Millionen Tonnen, also zusammen in diesen beiden Hauptrevieren der Steinkohle 100 Millionen Tonnen aufs Jahr gerechnet. Daraus ist für jeden Mann ohne weiteres ersichtlich, daß diese Bestimmungen des Vertrages, wenn sie auch nur zu einem erheblichen Teil heute in Anspruch genommen wird, unerfüllbar ist. Anzumerken ist in Zukunft die oberste schließliche Förderung zur Verfügung haben werden, steht auch noch dahin.

Fragt man dieses hier geeignete Bild zusammen, und nimmt man, wie man es muß, an, daß sich die Förderung in den nächsten Monaten nicht bedeutend heben wird, so sieht man klar, wach ungeheurer schwieriger Lage wir für den kommenden Winter selbst dann vor uns haben, wenn die Entente inzwischen keine höheren Anforderungen an uns stellt, als die zurzeit laufenden Lieferungen betragen. Wir werden auf allen Gebieten ohne Ausnahme Stoffvorräte in den Winter hineingehen. Im Herbst werden wohl die Verkehrsrisse sich weiter verschärfen, wenn Kartoffeln, Rüben usw. gefahren werden müssen, im Winter werden die Schwierigkeiten der Witterung auf der Eisenbahn und in der Schiffahrt hinzukommen, und dann sollen, mangels Rohstoffe, alle Bedürfnisse gleichzeitig befriedigt werden. Die Eisenbahnen müssen, steht in dieser Zeit auf ihre Bestände zurückgreifen zu können, ihre vollen Mengen vorweg bekommen; den Gaswerken soll auch ihr voller Bedarf zugeführt werden, dies ist aber nicht möglich, weil die Mengen Gasstoffe dann nicht zu beschaffen sind, und dem Hausbrand seine Bedarfsmengen zuzuführen, wird auch nicht gelingen. Was getan werden kann, geschieht dann zu Lasten der Versorgung der Industrie, die heute schon ganz und gar ungenügend ist und ohnehin

schon im Winter noch bedeutend mehr zurückbleibt. Die Folgen der Winterlieferungen des Bergbaus werden also im kommenden Winter erst in ihrer vollen Schärfe auf uns lasten. Allein die Ausfälle durch Streiks — ganz abgesehen von dem allgemeinen Rückgang der Förderung — kann man ohne Weiterzählung auf 6 Millionen Tonnen veranschlagen. Damit hätten Eisenbahnen, Gaswerke und Hausbrand anberhalb Wintermonate gereicht.

Selbst dann, wenn wir wieder einen so milden Winter bekommen sollten, wie die letzten beiden, haben wir also vor uns: In Stadt und Land eine ganz ungenügende und bedeutend schlechtere Hausbrandversorgung als im Vorjahre, bedeutend schlechtere und ungleichmäßigere Versorgung der Gaswerke, Verringerung der Zufuhren an die Industrie in einem Maße, das einschneidende Arbeitslosigkeit und Verringerung der Produktion selbst lebenswichtigster Industrien zur Folge haben muß.

Soweit der Bericht des Reichsstoffkommissars, der bei uns schon vor 14 Tagen gefeiert worden ist. Inzwischen ist festgestellt, daß dieser Bericht nicht ganz objektiv ist. Hoffen, so wird aus Bergarbeiterkreisen mitgeteilt, sind vorhanden, sie müssen auf den Festenlagern in

Das Protokoll vom Verbandstag in Weimar wird demnächst fertiggestellt. Es wird an die Mitglieder broschüriert für 50 % abgegeben. Der Selbstkostenpreis ist höher. Die Vereine werden gebeten, die nötige Zahl von Protokollen vorrätig zu umgehen beim Verbandsvorstand zu bestellen.

großen Mengen aufgeschleppt werden, weil es an Transportmitteln fehlt. Von den Beschwerden ist das inwieweit auch ausgegangen. Es heißt, es fehle besonders an Rohstoffen. Zurückzuführen sei dieser Mangel nicht auf andere, darauf, daß in den Eisenbahn- und Kohlenindustrie trotz Verdoppelung der Arbeiterzahl weniger als im Frieden geliefert werde. Das mag vielleicht zutreffen. Wir werden aber die Grundfrage nicht los, als ob an all diesem Schuld nicht nur der soeben erwähnte und freilich ebenso stark aus der linken Seite, sondern mindestens ebenso stark auch der rechte Arbeiterstand mitredet. Weide sind daran interessiert, unser Wirtschaftssystem zu stützen und dem Volkswirtschaftsamt zum Siege zu verhelfen; die ändern, um das Volk der Verarmung in die Arme zu treiben und nach einem abermaligen Zusammenbruch, vielleicht nach einer kurzen Kommunisten- oder sonstigen Wälschenschaft, wieder die Reaktion und die alte Regierungsform aufzurichten. Arbeiter, die sich in irgendeiner Weise zur Unterstützung dieses Treibens mißbrauchen lassen, gefährden die Erregungsfähigkeit der Revolution.

Mehr Unterstützung des Reichsarbeitsministeriums!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erhielt kürzlich vom Reichsarbeitsminister Schlieke ein Schreiben, in dem es heißt:

Ich lege größten Wert darauf, daß zu allen Maßnahmen, die von meinem Ministerium getroffen werden, Vertreter der Arbeitnehmerseite gehört werden. Zu meinem Bedauern ist es bisher selten geschehen, daß die Meinungen und Interessen, auch die Vertretung der Arbeiter und Angehörigen zu hören, häufig daran, daß die in Frage kommenden Verwaltungstellen der gewerkschaftlichen Verbände mein Ministerium nicht unterrichten und selbst unentschieden über letztgenannte Aufforderungen zur Herbeiführung oder zur Erhaltung eines ergänzenden Berichtes zu den von Arbeitgeberseite meist sehr schnell gemachten Mitteilungen unbeantwortet lassen.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn die Hauptverbände der gewerkschaftlichen Verbände Veranlassung nehmen wollten, ihre Berichte und Druckschriften einmal grundsätzlich über die Aufgabe meines Ministeriums aufzulassen und ihnen eine schnelle und zuverlässige Weiterleitung namentlich in Fällen größerer Arbeitslosigkeit nahezu legen.

Der Reichsarbeitsminister befragt sich also darüber, daß die Gewerkschaften in der Erhaltung von Gutachten usw. nicht so mit seinem Ministerium zusammenarbeiten wie die Unternehmer, wodurch natürlich eine einseitige Unterbreitung des Ministeriums zustande kommt. Der Reichsarbeitsminister hat den Wunsch, daß die Gewerkschaften in der Weiterleitung von Arbeitsverträgen usw. hinter den Unternehmerverbänden nicht zurückbleiben möchten. Dieser Wunsch ist verständlich, da sich das Reichsarbeitsministerium nur nach Anträgen von Arbeitgeber und Arbeitern ein richtiges und unparteiisches Urteil bilden kann. Wir glauben, daß es für unsere Vereine und Bezirksleitungen nur dieses Sinnesweises bedarf, um sie gegebenenfalls ihre Pflicht schnellstens erfüllen zu lassen.

Mietpreise und Wohnungsbau.

In einem Artikel des „Hamburger Echo“ war dargelegt worden, daß das Privatkapital so lange keine Wohnungen bauen werde, als nicht der Wohnungsbau wieder rentabel sei. Und rentabel sei der Wohnungsbau erst dann wieder, wenn die Mieten entsprechend den Herstellungskosten der Häuser gefallen seien. Im „Wohlfahrt“ sagt nun Dr. Schubert auf diese Frage ein, indem er das Fehlen der Rentabilität unterstreicht. Er schreibt:

„Worin besteht denn eigentlich die Rentabilität, von der es abhängt, ob Wohnungen gebaut werden oder nicht? Nun, das hängt von der Höhe der Mieten ab. Miete ist Kapitalzins und Grundrente, das Einkommen der Kapitalisten und Grundrenten (Grundbesitzer). Weides: Kapitalzins und Grundrente ist „arbeitsloses Einkommen“. Rentabilität ist also weiter nichts als der in allen Preisen berechnete Zins. Heute rentiert sich also der Bau neuer Häuser nicht. Wie läßt sich nun diese Tatsache erklären?“

Vor dem Krieg kostete der Bau eines Hauses mit Grund und Boden — sagen wir — 50 000. Die Miete gezahlt sich nun in 1. Kapitalzins, 2. Grundrente und 3. Abschreibungen, Reparaturen usw. Den Abzinsen und Kapitalzins und Grundrente, während das dritte Konto nur eine ganz verschwindende Summe darstellt und nur etwa den fünften Teil von Konto 1 und 2 beträgt. Da die Hausgrundstücke meist hoch mit Hypotheken belastet sind, so fließt auch die Grundrente in die Taschen von Gläubigern. Deshalb wird die Grundrente heute auch zum größten Teil vom Geldkapital als reiner Kapitalzins beansprucht. Das Resultat ist also ungefähr folgendes: Kapitalzins beansprucht 4 Teile der Miete, während auf Abschreibungen, Reparaturen usw. ein Teil kommt. Das Haus in unserem Beispiel muß also bei 5 pSt. Zins 2500 für Kapitalzins und 600 für Abschreibungen usw. abzurufen eine Miete von 3100 einbringen. Ähnlich für Reparaturen usw. und etwa 600 für Abschreibungen usw. Ist es ein Mietshaus mit 8 Wohnungen, so beträgt der Preis einer Wohnung bei dem vor dem Kriege gebauten Haus 387,50, also rund 400, und heute einen Neubau 1937,50, also rund 1940. Daß diese hohe Miete den meisten Mietern heute nicht aufgebracht werden kann, ist ohne weiteres klar, und deshalb ist besonders die arbeitende Bevölkerung gezwungen, sich in ihren Wohnungsansprüchen einzuschränken. Jungverheiratete Ehepaare und Arbeiter wohnen bei Eltern oder auf Wohnstätten, halten aber gleichzeitig starke Nachfrage nach Wohnungen. Und so muß die Wohnungsbauindustrie, der noch hinsichtlich durch Stilllegung des Baumstoffes vergrößert wird, die Wohnungsmiete naturgemäß steigen. Sie wird so lange steigen, bis eine Wohnung anfallt 600 bis 800 einbringt. Bis 1940 kostet, für dieser Preisstand er nicht mehr als 1940 kostet. Bis dieser Preisstand erreicht — der jetzt mit der Zeit noch höher wird — infolge der noch immer steigenden Preise, wodurch die Nachfrage wird verlängert wird und eine Wohnung im alten ebenso viel kostet wie in einem neugebauten Haus —, dann wird wieder gebaut, dann wird sich der Baumstoff wieder „rentieren“.

Schubert tritt dann für die Abschaffung des Zinses ein, weil er der Erzeuger der Wohnungsbau, der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrisen sei.

Schornsteinbaugewerbe.

Den Kollegen der verschiedenen Vereine zur Kenntnis, daß sich der Verbandsvorstand mit folgendem Schreiben an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Schornsteinbaugewerbe gewandt hat: „Unter dem 12. Juli haben wir gemeinsam einen Antrag zum Reichstafel für das Baugewerbe beschlossen, der von 11 Stunden bis um 2,70 Uhr respektive 2,50 bis 2,70 Uhr. Nachdem nun auf Grund der Bestimmungen des Reichstafels für das Baugewerbe das Reichstafelgeschäft entschieden hat, daß eine Feuerungszulage an die Arbeiter des Baugewerbes gezahlt werden muß, halten wir es für notwendig, daß auch die Arbeiter, die unter den Anhängen des Reichstafels (für Feuerungs- und Schornsteinbau) fallen, diese Zulage erhalten. Wir bitten Sie, ihre Berufsorganisationen aufzuweisen, daß auch im Feuerungs- und Schornsteinbau dieselbe Zulage wie im Hochbau als Feuerungszulage gezahlt wird. Sollte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Feuerungs- und Schornsteinbaugewerbe der Meinung sein, daß es erst ganz darüber verhandelt werden muß, so sind wir bereit, an einer solchen Verhandlung teilzunehmen. In diesem Fall machen wir aber jetzt schon darauf aufmerksam, daß die Feuerungszulagen vom 1. August an gezahlt werden müssen, wie im Hochbau gewohnt. Damit nicht unnötige Schwierigkeiten in dieser Frage entstehen — denn alle Angehörigen denken darauf hin — bitten wir Sie, die Sache zu beschleunigen und im allgemeinen Interesse so bald als möglich zu erledigen.“

Die Volksfürsorge, gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsgesellschaft, Hamburg 5.

Ist mit ihrem 6. Jahresbericht an die Öffentlichkeit getreten. Dieser Bericht ist überaus dankbar, daß ein Unternehmen, so fern es aus einem Volksbedürfnis heraus entstanden und auf gesunder Grundlage aufgebaut ist, durch nicht in seiner Fortentwicklung aufzuhalten werden kann, auch nicht durch einen mehr als vierjährigen Weltkrieg und durch eine das ganze

Wirtschaftsleben auf- und unterworfene Revolution. Nach dem Bericht hat sich die Volkswirtschaft wie folgt entwickelt:

ES bestanden

an Versicherungen	70 125	292 098
mit einer Versicherungs-		
summe von	M. 12 912 968	M. 60 251 141,-

Die Einnahme betrug

an Prämien	1 080 492	5 178 413,-
Zinsbeiträgen	25 126	449 363,-

ES wurden gezahlt

an Versicherungsleistungen	866	319 580,-
----------------------------	-----	-----------

Der Bestand der beschriebenen Reserven betrug

1. eigene Reserven	1 100 591	1 796 139,-
2. Gewinnreserve der Versicherer	48 300	973 594,-
3. Prämienreserven der Versicherer	701 381	10 603 379,-

Heberbeiträge wurden erzielt

	65 066	500 218,42
--	--------	------------

Das bare Vermögen betrug

	1 104 914	11 400 769,-
--	-----------	--------------

Davon waren besetzt in

1. Hypotheken an Konsumvereine, Gewerkschaften u. a.	540 000	5 089 604,-
2. Wertpapieren und Gemeindepfandbriefen	478 500	5 741 950,-
3. Bausparbüchern	72 525	433 845,-

Das voll eingezahlte Aktienkapital von M. 1 000 000 darf laut Gesellschaftsvertrag nur mit höchstens 4 pSt. verzinst werden. Gemeinnützige erhalten Ausschüttung und Vorstanz nicht. Alle Heberbeiträge erhalten die Berücksichtigung 1913 von M. 66 066 an die Versicherer M. 48 300 1918 " 500 218 " 349 347

Die Differenzbeiträge wurden zur Verjüngung des Aktienkapitals und zur Ausstattung der vorgeschriebenen Reserven verwendet. Sie betragen 1913 M. 13 213, 1918 M. 140 043.

Darum Arbeiter! Verschert Euch bei Euren von Euren Organisationen selbst geschaffenen Unternehmen. Stellt Ihr Euch als Arbeiter zur Verfügung, damit es zum Segen aller Arbeit die alleinige Versicherungsanstalt des arbeitenden Volkes werde. Zeichnungskonten an allen größeren Orten.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 18. August.

Das Ergebnis zeigt, daß sich die Arbeitslosenfiguren weiter in abnehmender Richtung bewegen. Von 384 310 Mitgliedern hatten sich 5970 arbeitslos gemeldet. Das sind 1,56 vom Hundert gegen 1,61 am 11. August. Die Zunahme der Bezirke Berlin, Köln und Hannover, die eine zwar nur sehr geringe Zunahme an Arbeitslosen verzeichnet, ist somit die Zahl überall gesunken.

Unterstützt sind am 18. August 0,57 vom Hundert der Mitglieder gegen 0,59 am 11. August oder 36,5 bezugsweise 37,4 pSt. der Arbeitslosen.

Bezirk	In den Bezirken		In den benachbarten Bezirken		In den benachbarten Bezirken waren am Feststellungsstage arbeitslos	
	insgesamt	bezugnehmend auf die Zahl der Mitglieder	insgesamt	bezugnehmend auf die Zahl der Mitglieder	insgesamt	bezugnehmend auf die Zahl der Mitglieder
Königsberg	27	27	1156	3	1	2
Bromberg	21	16	6071	64	119	50
Stettin	74	74	8207	2	5	3
Breslau	62	62	22800	16	46	15
Berlin	74	62	25109	245	539	491
Magdeburg	50	50	1914	4	5	6
Essen	48	48	13022	18	36	25
Krefeld	16	16	25881	517	291	870
Köln	15	15	30436	66	173	124
Dortmund	12	12	21099	1	1	1
Hannover	43	43	20391	37	95	26
Drummler	31	31	12127	72	56	65
Darmstadt	69	69	19611	446	607	145
Wolff	60	60	6194	14	24	11
Wien	14	14	21059	122	15	313
Leipzig	63	63	33565	344	390	298
Münster	21	21	11926	110	40	223
München	34	34	23154	58	45	107
Stuttgart	25	25	17236	26	32	29
Karlsruhe	18	18	21441	31	16	31
Zusammen	772	745	384310	2196	12209	3391

Arbeitsmarkt.

Im Vereinsgebiet Bodum werden Maurer verlangt. Stundenlohn M. 2,55. Ernährungsvereinstütze sind einigermassen erträglich. Meldungen im Verbandsbureau, Bodum, Grabenstraße 20.

Berichte.

Bezirk Köln. (Halbjahresbericht) Ueber die Entwicklung des Verbandes im ersten Halbjahr 1919 können wir nur erfreuliches berichten. Um einen Ueberblick zu gewinnen, muß darauf hingewiesen werden, daß im 2. Quartal 1914 im Bezirk Köln 20 187 Mitglieder vorhanden waren. Im Jahre 1918 wurden die nieder-rheinischen Vereinsgebiete Duisburg, Mülheim-Oberrhein, Essen und Wesel vom Bezirk abgetrennt. In diesen Vereinen waren im 2. Quartal 1918 insgesamt 4788 Mitglieder. Im jetzigen Bezirkegebiet hiesigen demnach 15 899 Mitglieder. Im Bezirke sind die Mitgliederzahl rapide und erreicht ihre höchsten Stand 1916 mit dem Jahresdurchschnitt 2475, ohne die Vereine Duisburg, Mülheim-Oberrhein und Essen mit 2724 Mitgliedern. Im Jahre 1917 und 1918 hiesigen die Mitgliederzahl wieder. Am Schluß des 3. Quartals 1918 waren im jetzigen Bezirk 5376 Mitglieder vorhanden. Dann kam die Revolution. Bis zum Jahresabschluß 1918 hiesigen wir durch Zuwachs der aus dem Bezirksdienst Zurückkehrenden und durch Neuzugänge auf 9373 Mitglieder. Am 1. Quartalsabschluß 1919 bezeichneten wir 18 543 und am 2. Quartalsabschluß 27 815 Mitglieder.

Die Entwicklung in den einzelnen Vereinen zeigt folgende Tabelle:

Vereine	Mitgliederzahl		Neuzugänge	
	1. Quartal 1918	2. Quartal 1919	1. Quartal 1919	2. Quartal 1919
Köln	800	531	810	422
Wannem-Oberrhein	702	1706	2528	918
Bonn	735	1593	3239	2740
Coblenz	697	1950	2166	1471
Göln	681	6316	9038	4433
Greifeld	1006	1870	1876	1170
Heilshausen	1402	1974	2528	778
Hemfelde	900	910	583	32
Solingen	254	310	881	45
Essen	298	736	1001	630
Düren	69	308	1203	230
Jülich	82	357	1974	834
Wesseling	207	550	651	333
M. Gladbach	67	1831	1831	692
Summa	9273	18543	27815	13586

Der Bezirksverein Mülheim-Oberrhein ist im 2. Quartal vom Bezirk Greifeld abgetrennt worden. Er ging mit 702 Mitgliedern von Greifeld ab. Die Vereine Düren und Jülich sind im 2. Quartal zusammengelegt worden. In beiden Quartalen wurden zusammen 25 028 Neuzugänge gemacht und 524 005 Beitragsmarken umgesetzt. Außerdem wurden 47 032 Beitragsfreie Marken ausgeben. Im Durchschnitt wurden pro Mitglied 23,5 Marken verkauft. (1918 25,3 und 1917 21,5.) Bei der genauen Mitgliederzählung wurde von 9000 auf 27 000 ist das eine glänzende Leistung. Wenn wir die von den Vereinen wöchentlich angegebene Mitgliederzahl zur Grundlage der Berechnung des Markenverkaufs nehmen, dann sind pro Mitglied 25,6 Marken verkauft worden, ein Beweis, daß die Vereine in ihren Mitgliederangaben durchaus sehr vorsichtig waren.

Nach Berufsgruppen geordnet verteilen sich die Mitglieder folgendermaßen:

	1. Quartal 1919	2. Quartal 1919
Mitglieder	15369	27815
Maurer	5939	5783
Zementarbeiter	792	873
Stützgruppen	174	251
Hilfsarbeiter	274	116
Polierer	6284	13244
Erdbauer	513	5994
Jugendliche	194	240
Polierer	77	117
Beitragsfreie Mitglieder	101	101

Die Tabelle zeigt, daß der Zuwachs an Mitgliedern auf die Hilfs- und Erdbauer entfällt, während die Zahl der gelernten Arbeiter, insbesondere die Innenarbeiter, noch hinter dem Friedensstand zurückbleibt. Unter den Hilfsarbeitern sind viele Jugendliche, die in der Jugend ihres Lebens höheren Beitrag bezahlen und deshalb von den Vereinen nicht als Jugendliche geführt werden. Polierer und Schichtarbeiter haben wir viel mehr wie oben angegeben organisiert; die 117 Angehörigen gehören dem Verein Köln als besondere Sektion an, die anderen Vereine führen bis jetzt keine besonderen Poliersektionen. Es sind indes schon einige weitere in Bildung begriffen. In der Baufachgruppe handelt es sich um Bauhandwerker und Erdbauarbeiten. In einigen Bezirken werden Steinwohnungsbauten in größerer Zahl ausgeführt. Reparaturarbeiten werden in großem Umfang ausgeführt. Die Neubautätigkeit beschränkt sich auf den staatlich und städtisch unterstützten Wohnungsbau. Der Materialmangel, insbesondere der Mangel an Zement und Steinen, macht sich sehr fühlbar. Es besteht große Gefahr, daß die Bauwirtschaft in den nächsten Monaten dadurch zum Erliegen kommt. Im besetzten Gebiet fehlen gelernte Bauarbeiter, besonders Maurer und Zimmerer. In der Bauwirtschaft wanderten in jedem Frühjahr laufende Bauhandwerker vom Rhein her über den Rhein, wo sie gute Arbeitsmöglichkeiten fanden. Das hat jetzt aufgehört. Neben andern Umständen ist es besonders die Schwierigkeit der Beschaffung der Einzeilerlaubnis, die die Bauhandwerker abhält, ins besetzte Gebiet zu kommen. Unsere Bestrebungen, durch Regelung der Lehrlingsverhältnisse im besetzten Gebiet, durch die Erneuerung des Bauhandwerkers zu schaffen, stehen bei dem Arbeitsmangel vornehmlich auf dem Widerstand. Die Fernen betreffen sich hinter die Gewerbedeckung und teilweise die Annuhmsbestrebungen. Trotzdem ist es in einigen Wohngebieten gelungen, Lehrlingsplätze festzusetzen. Die Lohnbewegung zur Erneuerung der Tarifverträge ist noch nicht vollständig abgeschlossen, aber ihrem Abschluß nahe. Wir werden in einem besonderen Bericht darüber Mitteilung machen.

Bezirk Hildesheim. Nach dem Ergebnis der zentralen Verhandlung in Berlin sollte auch für das Tiefbaugewerbe über eine Tarifverhandlung verhandelt werden. Die Gruppe 4 des Reichsverbandes für das deutsche Tiefbaugewerbe hatte auch zu einer Verhandlung am 20. August nach Hamburg eingeladen. Wegen der Hitze der Zeit wurde jedoch keine Verhandlung stattfinden. Es wurde dem Reichsverband für Tiefbauarbeiten und Schweißer 30 J. für Wiltrow und Wismar 25 J. und für die übrigen 7 Vertragsgebiete 20 J. Erneuerungszulage pro Stunde. Nachdem die Arbeitervertreter eine eingehende Begründung gegeben hatten, erklärte der Verhandlungsleiter, daß durch die Richtlinien, die bei der zentralen Verhandlung in Berlin festgelegt waren, auch die Höhe der Angebote gegeben sei. Danach würden sie sich stellen. Weiter brachte er zum Ausdruck, daß wenn eine Einigung nicht zustande käme, dem Haupttarifamt die endgültige Entscheidung zuzufallen. Dem wurde von Arbeiterseite auf das Schärfste widersprochen, indem die Aufstellung ausgesprochen wurde, daß es den Organisationen unbenommen sei, auf das Haupttarifamt zu verzichten und einen andern Weg zur Erreichung ihres Zieles zu wählen. Als erstes Angebot wurde eine Zulage von 5 pSt. für Hildesheim und 3 pSt. für Wismar gemacht. Alle andern Vertragsgebiete sollten leer ausgehen. Dieses Angebot wurde natürlich zurückgewiesen. Nachdem dann die Unternehmern längere Zeit unter sich beraten hatten, wurde für alle Vertragsgebiete in beiden Verhandlungen eine einheitliche Zulage von 10 J. pro Stunde geboten. Dieses Angebot wurde aber mit der Bedingung gemacht, daß es auch angenommen würde. Die restliche Annahme eines bezüglichen Angebots war nicht möglich. Da durch die gestellte Bedingung jedoch weitere Verhandlungen unmöglich gemacht wurde, konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Danzig. Am 17. August fand hier eine Konferenz der Baustellen des Bezirksvereins statt, die sich mit der Beratung und Einführung eines Ortsstatuts, dem Abgleich der Tarifverträge, unterm Berichtnis in der zentralen Konferenz Danzig und dem Gewerkschafts-toungeschichte befaßte. Die zur Ausarbeitung des Ortsstatuts gewählte Kommission legte einen Entwurf vor, der einstimmig angenommen wurde. Ueber den Abschluß der Tarifverträge konnte Kollege Brill mitteilen, daß bis jetzt nur in 11 von 13 Tariforten ein Abschluß zu erzielen war. Im Selbst- und Bauverein Scheide unter Waren haben an der Interessiertheit der dortigen Kollegen. In 9 Lohngebieten sind auch die Bauhilfsarbeiter mit geteilt worden, während in Schöne und Neßhof die Regelung an der Interessiertheit der Kollegen scheiterte. Die Erbscheiderische sind für Danzig (Stadt), Cotta und Poppel geregelt nach der gleichen. Zeigen wie die der Hilfsarbeiter. Laut Tarifvertrag sind folgende Stundenlöhne vorgesehen: für Maurer und Zementarbeiter M. 2,35, Zementarbeiter M. 2,25, Bauhilfsarbeiter und Erdbauer M. 2,20, Polierarbeiten erhalten M. 2,70 und Quararbeiter M. 2,42 für die Stunde. Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren erhalten M. 1,10 und über 16 Jahre M. 1,70 für die Stunde. An Zufügen werden bezahlt für die erste Heberstunde 10 J., für jede weitere Heberstunde 20 J., für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 pSt., für Wocherarbeit 10 J. Kollege Brill wies noch besonders auf die Verschleppungspolitik der Unternehmer hin und auf die Auslegung, die der hiesige Regierungsrat Doffe den Tarifverträgen gibt. Es sei bezüglich, daß derartige Regierungsvorteile heute überhaupt noch möglich seien. Er wies weiter darauf hin, daß die Preiszahl Danzig ebenfalls eine sehr dunklen Zukunft entgegenstehe, darum hätten wir keine Zeit, auf unsern Arbeitern auszurufen. Den Maurern in Stuhm, Neßhof, Schönebaum und Tiegenshof rate er, sich mehr zu bemühen, damit auch die dortigen Bauhilfsarbeiter organisiert werden. Er gedachte dem noch der Kollegen, die dem polnischen Imperialismus zum Opfer gebracht werden. Dem Bezirksverein Danzig gegen auf die Art allein 600 Kollegen verloren. Nebenfalls hätten diese zufällig unter dem polnischen Nationalismus zu leiden, dem die Schichten der heutigen Gewerkschaften und Parteigenossen keine Schonung lassen. Den Stellenbericht gab der Kollege J. Die Einnahmen und Ausgaben für die Baustellen betragen im 2. Quartal M. 28 759,65. Die Baustellen hatte M. 22 849,56 Einnahmen und M. 8423,51 Ausgaben, so daß ein Saldo von M. 14 426,05 verbleibt. Am Quartalsabschluß hatten wir 2913 Mitglieder, davon sind 894 Maurer, 7 Zementarbeiter, 11 Erdbauer, 1286 Bauhilfsarbeiter, 933 Erdbauer, 71 jugendliche Arbeiter und 11 Beitragsfreie Anwärter.

Ueber den Gewerkschafts-Kongress und seinen Verlauf sprach dem Kollege Brill anlaß des leider verstorbenen Kollegen Wende. Dabei warf er einen Blick auf den Krieg und die bisherigen Revolutionsmonate. Eingehend schilderte er die Gründung des Gewerkschaftsbundes, die Sozialisierungsmaßnahmen im Baugewerbe und die daraus resultierende entsetzlichen Schäden unserer Kollegen. Vor allem mußten wir unser Augenmerk darauf richten, daß wir die Erzeugnisse der Revolution nicht wieder verlieren. In der Aussprache äußerten einige Kollegen sich in dem Sinne, daß sie mit der Politik der General-Kommission und der sozialdemokratischen Partei wüßten und der Parteien nicht zufrieden sein könnten. Nach Erklärung einiger östlicher Angehörigen konnte die Konferenz geschlossen werden. Ueber den Stand der Arbeitsmöglichkeit ist zu berichten, daß es hier ebenfalls an Bauhilfsmangel, sonst wäre Arbeit genug für die hiesigen Kollegen. Eine Anzahl Kollegen sind bereits nach Westfalen abgereist, um die Arbeitslosigkeit an dem Wege zu gehen.

Wien. Am 17. August tagte unsere Generalversammlung. Anwesend waren 9 Vorstandmitglieder, 34 Delegierte und Kollege Friedrich vom Bezirksverband. Ferner waren 6 Delegierte. Es wurde zunächst der Jahresbericht gegeben. Die Bauwirtschaft war im vergangenen Jahr infolge des Baustoffmangels nicht besonders gut, trotzdem auch in unserm Bezirk Kleinwohnungsbaue herrschte. Besonders wichtig mußte wegen Materialmangels ausgeführt werden. Im Tiefbau hat im zweiten Quartal eine rege Bautätigkeit eingesetzt. Dies ist teilweise auf die Rohbauarbeiten zurückzuführen, die vom Staat und den Gemeinden in Angriff genommen worden sind. Am 22. April haben Tarifverhandlungen stattgefunden; zu einer Einigung ist es aber nicht gekommen. Infolgedessen ist vom Schlichtungsausschuß die Schlichtung geregelt und der Schlichtungsdruck nachdrücklich von beiden Parteien anerkannt worden. Besonders wichtig war die Lohnregelung im Tiefbau. Trotzdem nun auch auf diesem Gebiete die Löhne vertraglich geregelt sind, mußten die im hiesigen Lohngebiet in Frage kommenden Unternehmer zum Zeit wiederholt aufgefordert werden, die vertraglichen Löhne zu zahlen. Wichtig war die Lohnregelung bei den Rohbau-



verband teilte mit, daß heute nur zwölf Leute sich arbeitslos gemeldet haben. Nach Aussprache auf dem Ratssaße sei Erntehilfsforderung als nächstes folgen gelassen und beschlossen worden, an Arbeitgeber eine Eingabe wegen Lohnzurückzahlung zu machen. Staatsrat habe seine Vermittlung zugesagt. Arbeit sei also im allgemeinen wieder voll aufgenommen. Heute abend findet Versammlung statt, wo Verbandsvorsitzender auf Veranstaltung der Kriegsmittelstelle zur Ruhe mahnen will. Diese ganz harmlose Forderung des „Leipziger Kollektivierung“ mit der Absicht: Der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes mahnt auf Veranstaltung der Kriegsmittelstelle zur Ruhe, und dem gesamten Artikel wurden die Worte beigefügt: „Auch einige Helfer des bedrückten Unternehmens“. Da ich bei Ausdruck des Streikts, April 1917, in einer Hofkammer etwas tätig war, auch an den Verhandlungen der Gewerkschaften habe, um nicht teilgenommen und auch sonst nichts getan hätte, was gegen die Interessen der Kollegen verstoßen hätte, ich aber andererseits die Sache angegriffen worden war, fand ich der „Leipziger Kollektivierung“ eine Erklärung. Diese Erklärung lehnte die Redaktion der „Leipziger Kollektivierung“ ab und machte es mir somit unmöglich, mich zu rechtfertigen. Daraus bin ich in meinem Parteibrief die Rede über die „Leipziger Kollektivierung“ als erbliche Verleumdung bezeichnet. Diese Bezeichnung habe ich auch heute noch aufrecht. Anhängen hat Arbeiter über diese Angelegenheit etwas gelesen oder hören, nichts von einer Denunziation oder von einer Entlassung wegen Denunziation. Entweder Arbeiter kann nicht richtig lesen, oder er versteht sich schlecht, festzustellen will aber auch in dieser Angelegenheit werden, daß mit mir heute noch kein einziges Mitglied einen Vorwurf gemacht hat, weil alle, die die Sache kennen, wissen, daß ich von der Leipziger Kollektivierung zu Unrecht angegriffen worden bin. Nach allem steht unzulänglich fest, daß ich lediglich wegen meiner Zugehörigkeit zu Mehrheitspartei entlassen worden bin.

Arbeiter stellt nun die Sache so hin, als wenn die Mehrheit der Leipziger Mitglieder für meine Entlassung gewesen wäre. Demgegenüber stelle ich fest, daß die Mitglieder in dieser Angelegenheit überhaupt nicht befragt worden sind, wie in Leipzig angesehen jetzt nicht wird, die Mitglieder in ihren Kreisen immer mehr eingeschlossen. Ich habe mich mit der politischen Parteiverwaltung und mit dem Rat der Partei, der verlangt, daß die Angelegenheit unfähig sein sollen, werde mich aber entschieden gegen die Behauptung, daß bei meiner Entlassung der Wille der Mehrheit der Mitglieder zum Ausdruck gekommen wäre. Es war lediglich das Mandat einer gewählten Gruppe, das nur wenige Mitglieder waren, selbst zur U. S. B. gehörten und deshalb vor einem Kommittee mit dem Namen der Sache zurückgegriffen. Beweise könnte ich genügend anführen. Will man nun schon mit dem Vertrauen der Kollegen operieren, ohne die Verantwortlichkeit der Mitglieder, die für meine Wiederwahl waren, selbst zur U. S. B. gehören und deshalb vor einem Kommittee mit dem Namen der Sache zurückgegriffen. Beweise könnte ich genügend anführen. Will man nun schon mit dem Vertrauen der Kollegen operieren, ohne die Verantwortlichkeit der Mitglieder, die für meine Wiederwahl waren, selbst zur U. S. B. gehören und deshalb vor einem Kommittee mit dem Namen der Sache zurückgegriffen. Beweise könnte ich genügend anführen.

Wenn ich hier Arbeiter, es geht um sein Mut dazu, sich zur Mehrheitspartei zu bekennen. Wenn die nur eine bloße Forderung von den Leipziger Verhältnissen hätte, würde er einen solchen Inhalt nicht bezweifeln, vorzuziehen, daß er sich nach einem Urteil über die Sache bezieht. Was ist leichter: als Gewerkschafts-, Partei- oder Genossenschaftsangelegenheit den Mantel noch dem Sinne zu hängen und mit der U. S. B. zu schauen, um so seinen Posten zu behalten, oder gerade zu bekennen, selber die Ursache der Sache zu sein, eigenen Verhältnissen auf Straßenplätzen gestellt wird und noch dazu von Leuten, die im gewerkschaftlichen Kampfe, im Kampfe für den Bauarbeiterstand usw. zu tun wie nicht geleistet haben? In Leipzig ist es genug solcher Leute, die sich nicht gegen die U. S. B. zu bekennen, nur werden die Eigenarten nicht befeuern wollen, noch werden die Eigenarten nicht befeuern wollen. In Leipzig gehört kein Mut dazu, den Anwälten zu mimen; wohl aber gehört Mut dazu, sich trotz aller Anfeindungen und Schikanen auf der Regierung zu bekennen und den Mitgliedern in der Revolution zu bekennen und die U. S. B. zu sagen. Es geht freilich kein Mut dazu, die Arbeiter in politische Streitigkeiten zu treiben, sich aber als Schützer im Hintergrunde zu halten und zu sagen: „Ich weiß von nichts“, und dann den armen Leuten die Forderung der Kollegen zu überlassen. Derartige „Matten“ hat es in Leipzig genug gegeben; nur wenn die Sache nicht Kaputte waren die Gewerkschaftsangelegenheiten, die Mehrheitspartei freigegeben, weil sie sich nicht an die Spitze stellen, sondern es ablehnen, für die verurteilte Sache die Verantwortung zu übernehmen und die „mutigen“ Arbeiter zu bekennen, die in aller Selbstlosigkeit erkläre: nur haben mit dem Streit nichts zu tun, er ist spontan aus der Masse heraus entstanden. Nur ein Beispiel. Als die Revolution ausbrach, gab es in Leipzig einen Verbandsangestellten, der den Kollegen vorredete, das Baugewerbe könne sofort sozialisiert werden. Heute muß ich dieser gute Mann von einem noch sehr sozialisiert werden können. Derselbe Angestellte verstand auch, die Mitglieder gegen politisch andere denkende Kollegen und Genossen aufzutreiben, indem er auforderte, sie von ihren Posten zu entfernen. Früher als der Verbandsrat hatte, war er sehr froh, daß ihn der jetzt von Arbeiter und Genossenschaftlichen so stark angefeindete Kollege Winnig in seiner Stellung fühlte. Es geht kein Mut dazu, eine aufgeregte Arbeiterklasse irrezuführen und aufzutreiben. Heute ist aber die Sache so, daß nur der Mut hat und das Vertrauen der Kollegen besitzt, der recht radikale Parteianhänger und andere Personen verabsichtigt. Gelöst kann er noch so viel Dreck am Stecken haben.

Arbeiter stellt dann die Sache so hin, als wenn die Gewerkschaftsangelegenheiten natürlich nur die, die die Mehrheit nicht angeht, sondern die der Mehrheit andere Menschen geworden sind und nicht im Interesse der Kollegen gehandelt hätten. Ich glaube nicht notwendig zu haben, die Angelegenheiten unseres Verbandes gegen diesen Vorwurf zu verteidigen, weil sie meiner Ansicht nach ihre Schuldigkeit getan haben und sie deshalb der Verantwortung nicht teilhaftig sind. Ich meine Person in Frage, weil ich Arbeiter gegenüber folgendes feststellen. In der bereits erwähnten Ge-

neralversammlung erklärte Kollege Gotschach: „Wegen Bauersfeld seine gewerkschaftliche Tätigkeit ist nicht einzuwenden. Er hat sich sehr bemüht, für die Kollegen alles zu tun, was möglich war. Wenn er nach einer Arbeitshilfe gesucht wurde, war er da.“ Wie andere Kollegen über meine Tätigkeit urteilen, geht aus folgendem Schreiben hervor:

Meister Kollege Werber, den 24. März 1919.
Ihre Karte vom 15. März habe ich erhalten. In unserer gebrüderlichen Sektionsführung habe ich Ihnen Dank für Ihre Tätigkeit und für Ihren Eifer, welchen Sie für einen Tarifabschluß der Fliesenleger in Halle an den Tag legten. Wer sind in der gewerkschaftlichen Bewegung jetzt, und wer sind nicht nur das beste Zeugnis ausstellen können. Darüber sind auch hier alle Kollegen einig.
Mit Gruß Wilhelm Erwin,
Vorsitzender der Sektion der Fliesenleger Halle.

Und erst in den letzten Wochen erklärte der Kollege Röhl in einer Versammlung: „Kollegen, wir müssen uns nicht teilen; denn auf unsere Vertretung können wir uns nicht verlassen. Einen Tarif Bauersfeld bekommen wir nicht wieder.“ Damit kein falsches Bild entsteht, stelle ich fest, daß alle hier genannten Kollegen Mitglieder der U. S. B. sind. Diese Feststellung genügt wohl, und wie es in diesem Falle ist, so wird es wohl auch in anderen Orten sein. Und nun noch ein Brief aus Leipzig über Haupt einen Brief für die Arbeiter haben soll, dann müssen wir das Kapitel, die Unternehmung an der mündlichen Stelle treffen. Und das ist der Brief. „...“

Ich würde es aber doch auch? Zwei Beispiele: In unserem früheren Leipziger Tarifvertrag war der Lohn für die Junggesellen 5 bezugsweise 10 3 pro Stunde niedriger festgelegt als der Geleientlohn. Ausgedrückt jetzt nach der Revolution, wo der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber größere Rechte hat, ist dieses die Veranlassung, die auf Grund dieses Unternehmensbeschlusses „das Vertrauen der Masse“ hat, einen Tarif ab, in dem die Junggesellen 10 bezugungsweise 20 3 niedriger sind. Aber damit nicht genug: Es ist weiter festgelegt, daß ein Junggeselle, der nach Beendigung der Lehrzeit bei seinem Lehrmeister bleibt, 40 3 die Stunde weniger erhält. Das bedeutet allerdings, daß der Profit des Unternehmers gestärkt wird. Es ist eine Prämie für die Unternehmer, die ihren Lehrburschen nichts lernen lassen. Und gerade jetzt, wo während der geringen Produktivität die Lehrburschen nichts lernen konnten und froh sein müssen, daß der Lehrzeit noch bei dem Lehrmeister bleiben und noch etwas lernen zu können — denn bei einem anderen Unternehmer werden sie unmöglich arbeiten können vereinbart man solche Bestimmungen. Der andere Fall: bisher wurde mit aller Schärfe gegen Zeitungsstellen in den Verträgen angekämpft. Infolge revolutionärer Verwaltung schließt aber jetzt für die Steinholzer einen Vertrag ab, in dem es heißt: „Die Arbeiter sind zu einer angemessenen Gegenleistung verpflichtet.“ Als Folge wird angeordnet, ein berufliches Tageslohn pro Mann von 20 am einschüchtern Stampfboden, 20 am zweischichtigen Stampfboden und 25 am zweischichtigen Glattboden. Dieser war in dem Tarifvertrag weder von einer Gewerkschaft noch von einer Tageslohnvereinbarung.

Die beiden Fälle zeigen, wie man — um mit Werber zu sprechen — die Unternehmung an der wunden Stelle trifft und den Profit schmälert. Was würden wohl die Gewerkschaften tun, wenn diese Bestimmungen, wenn ein Arbeitgeber der Mehrheitspartei eine solche Stellung billigen würde? „Lehrburschen“ würde man ununterbrochen schreiben. Also, Werber und Genossen: laßt in Zukunft alle politischen Phrasen beiseite und leistet praktische Gewerkschaftsarbeit; denn nur dann werden die Arbeiter von der Revolution einen Nutzen haben.

Ferien für die Arbeiter des Baugewerbes.

In den letzten Monaten ist bei Tarifabschlüssen in verschiedenen Berufen unter anderen Bestimmungen auch die Festsetzung von Ferien für die Arbeiter mit aufgenommen worden. In der Metallindustrie, vor allem in den Großbetrieben, der Eisenbahn, den staatlichen Betrieben, dem Bergbau usw. sind Vereinbarungen getroffen, die einen Urlaub bis zu 12 Tagen, je nach der Beschäftigungsdauer, gewähren. Bei allen dieser Vereinbarungen kamen zu meist größere Fabrikbetriebe in Betracht, während die handwerklich betriebenen Berufe noch ausgeschlossen waren. In der neuere Zeit ist jedoch die Frage auch in den handwerklichen Betrieben des Klempner- und Installateurberufes sowie bei den Elektro-Installateuren und Tischlern aufgeworfen worden. Der Schlichtungsausschuss hat sich in seinem Schlichtungsbericht für Ferien im Klempnerberufes für sich diesem Schlichtungsbericht angeschlossen und den Gesellen Urlaub gewährt. Die Länge des Urlaubs soll dabei keine Rolle spielen, es kommt auf das Prinzip selbst an.

Wenn nun in einem Berufe wie der des Klempner und Installateur Urlaub an Arbeiter möglich ist, müßte es doch auch möglich sein, diesen in anderen vorwiegend handwerklich betriebenen Berufen zu gewähren. Unter diese Berufe fällt auch das Baugewerbe. Auch für das Baugewerbe müßte Urlaub möglich sein. Welche Gründe werden nun dagegen, daß auch im Baugewerbe Urlaub möglich ist. Da wird zunächst auf den Umstand hingewiesen, daß im Baugewerbe der Wechsel der Arbeitskräfte sehr stark ist. Dieser wird betont dadurch, daß es nicht jedem Unternehmer, ob klein oder groß, möglich ist, immer die notwendigen Arbeiter zu beschaffen, die für die Ausführung der Arbeit notwendig sind. Er übernimmt Arbeit, stellt dazu die nötigen Leute ein und nach Fertigstellung der Arbeit werden diese wieder entlassen. Selbst wenn die Arbeit über Jahresfrist hinaus dauerte, würde immer ein mehr oder weniger großer

Wechsel während dieser Zeit stattfinden. Dann werden aber auch Arbeiter von Unternehmern an anderen Orten zur Ausführung übernommen, wo er die an seinem Wohnort beschäftigten Arbeiter überhaupt nicht mitnimmt oder diese auch nicht mitgingen, andere Arbeit aber ist nicht vorhanden, weshalb die Arbeiter entlassen werden müssen. Zum andern hätte es der Arbeitgeber aber immer in der Hand, durch Nichtannahme von Arbeit, die bei ihm beschäftigten Arbeiter über einen bestimmten Zeitraum hinaus überhaupt nicht zu beschäftigen. Da aber der Urlaub für einen Beschäftigten immer an eine bestimmte Dauer der Beschäftigung gebunden ist — sei es 1 Jahr oder 2/3 Jahr —, so würden recht wenig Kollegen bei diesen wechselnden Verhältnissen in den Genuß von Urlaub kommen, ja, der Unternehmer wäre in der Lage, diesen überhaupt unmöglich zu machen. Es könnte also durch die Forderung auf Urlaub im Baugewerbe eine noch größere Fluktuation der Arbeiter herbeigeführt werden, als dies heute schon ist. Ein weiterer Umstand ist die Einstellung der Arbeiter im Baugewerbe während der Wintermonate. Das Baugewerbe ist ein Saisonberuf, es im Winter durch Frost und Schnee zur Einstellung der Arbeit gezwungen. Erfahrungsgemäß werden in solchen Fällen die Arbeiter entlassen und ihre Beschäftigungsdauer wird unterbrochen. Dadurch würde mangler Arbeiter seines Anspruches auf Urlaub verlustig gehen, selbst wenn solcher festgelegt wäre.

Und doch muß auch im Baugewerbe der Frage nähergetreten werden. Aber abgesehen davon, daß es doch auch eine große Anzahl Arbeiter gibt, die schon mehrere Jahre ununterbrochen bei einem Unternehmer arbeiten, so sei denen also die Frage des Urlaubs leichter zu regeln ist, bleibt doch die Regelung bei der größten Anzahl der beschäftigten Bauarbeiter sehr schwierig. In einer Versammlung der Kollegen in Gießen wurde nun angeregt, auf Ferien im Baugewerbe zu verzichten, dafür aber die ganze Zeit, die wegen Regens gefeiert werden muß, bezogen zu verlangen. Dies würde dem Arbeitgeber vielfach eine größere Ausgabe verursachen, als es einige Tage Ferien tun. Da müßte man aber auch von vornherein mit Abrechnung rechnen. Wie aber ist diese Frage zu regeln. Ich würde folgende Vorschläge unterbreiten: Zunächst müßten alle Arbeiter, die 1 Jahr ununterbrochen bei einem und demselben Arbeitgeber beschäftigt sind, Ferien erhalten. Den Lohn bezahlte der Arbeitgeber. Für alle andern am Orte beschäftigten Arbeiter kommen Ferien erst dann in Frage, wenn sie zunächst 1 Jahr am Orte und im Baugewerbe ununterbrochen beschäftigt sind. Damit nun aber nicht der Arbeitgeber, der einen Arbeiter gerade einmal in der Zeit beschäftigt, wo viele beiden Vergütungen sich erfüllen, den Lohn für die Ferienzeit zahlen muß, gehen der Lohn aus einer gemeinsamen Kasse der Arbeitgeber getragen werden. Eine solche Kasse würde leicht zu errichten sein, wenn es eben sein müßte. Dadurch würde es aber möglich, daß auch unsere Kollegen im Baugewerbe in den Genuß von Ferien kämen, und der einzelne Arbeiter jeder beachtet sich wegen Vergütung der Ferien eine allzu große Kopfsumme zu zahlen. Jedenfalls würde aber durch eine Diskussion in den einzelnen Vereinen noch mancher Vorschlag, der erwägenswert wäre, gemacht werden können, denn könnte bei den nächsten Tarifverhandlungen diese Frage einmal ernstlich zu erwoogen werden.

D. Jungklaus, Gießen.

Fliesenleger.

Demotter. Am 25. August haben die fliegigen Fliesenleger die Arbeit eingestellt. Es handelt sich um die Abschaffung der Affordarbeit und die Festsetzung eines den Verhältnissen entsprechenden Stundenlohns. Die Fliesenleger verlangen einen Stundenlohn von 4 3. Die Verhandlungen, die schon im Mai geführt wurden, führten zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer erklärten, ohne Affordarbeit gibt es keinen Tarif. Sie setzten dann aber den Lohn einseitig auf 4 20 fest und ließen nur noch im Tagelohn arbeiten. Alle Bemühungen, normaler Verhandlungen anzuknüpfen, scheiterten an dem Verhalten der Unternehmer, so daß den Fliesenlegern weiter nichts übrig blieb, als die Arbeit einzustellen. Mir möchten deshalb alle Fliesenleger erlauben, bei keiner hannoverschen Firma in Arbeit zu treten und darauf zu achten, daß für diese Firmen von niemanden Arbeiten ausgeführt werden.

Gipser und Stukkateure.

Derlin. (F u b e r.) Unsere Sektion beschäftigte sich in einer Versammlung, die am 20. August tagte, mit der Regelung unserer Arbeitsbedingungen. Die meisten Kollegen waren schon vor dem Striege für den Abschluß eines Tarifvertrages mit dem Arbeitgeberbund. Nach dem Striege wurde diese Frage in allen Versammlungen und Vorstandssitzungen besprochen. Kollege Memme konnte nun der Versammlung über den Erfolg berichten. Auch die Unternehmung wünschten ein geregeltes Arbeitsverhältnis im Gipserberuf. Den hauptsächlichsten Streitpunkt bildet jedoch in dieser Hinsicht die Affordarbeit bei den Verhandlungen. Wir wollen diese beiseite lassen. Die Unternehmer möchten sie beibehalten. Eine Handgabel bietet ihnen dabei der 3 5 des zeitlichen Wertes, nach dem Affordarbeit bei den Putzern, Steisern und Mauerträgern zulässig ist. Die Unternehmer vergessen dabei, daß beide Zeile damit in einem Zusammenhang sein müssen. — Alle in der Aussprache zum Wort kommenden Kollegen sprachen gegen die Affordarbeit und fanden damit die Zustimmung der Versammlung. Der von der Kommission ausgearbeitete Vertragsskizze enthält folgende Forderungen: Stundenlohn 4 30; bei Affordarbeit für das Quadratmeter Innenputz 90 3, an glatten Holzschnitten einschließlich Spänen und Ruten für das Quadratmeter 4 30 beim Bau von gewöhnlichen Wohnhäusern und aussehendsten Ziegeln. Freizügigkeit bei Beförderung. Es hierfür diese beim Abschluß der Einzelverträge besondere Vereinbarungen zu treffen. Auch die Mitglieder des christlichen Verbandes haben dem Vertragsskizze ihre Zustimmung gegeben. Die Versammlung erklärten, daß sie Affordarbeit grundsätzlich ablehnen. Von der Versammlung wurde der Antrag ein-



